

Finanzausschuss
Wortprotokoll

88. Sitzung

Mittwoch, den 09.05.2012, 13:00 Uhr

Sitzungsort: Berlin, Plenarbereich Reichstagsgebäude, Präsidialebene

Sitzungssaal: 2 M 001

Vorsitz: Dr. Birgit Reinemund, MdB

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Euro-Staatsschuldenkrise und neue Instrumente der Staatsfinanzierung

Im Einzelnen:

- Die Rolle des Bankensektors
- Konsequenzen für die Fiskalpolitik (Steuereinnahmen und Refinanzierungsmöglichkeiten) in den einzelnen Mitgliedstaaten
- Auswirkungen auf die Konjunktur der einzelnen Mitgliedstaaten
- Die Rolle der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie zu der öffentlichen Anhörung, der 88. Sitzung des Finanzausschusses. Ich begrüße die Experten, die dem Finanzausschuss heute ihren Sachverstand zur Verfügung stellen. Wir treffen uns heute zu dem Thema „Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Euro-Staatsschuldenkrise und neue Instrumente der Staatsfinanzierung“; ein Thema, dem kein aktuelles Gesetzgebungsverfahren zugrunde liegt. Wir haben Sie heute aufgrund des Informationsbedürfnisses der Fraktionen eingeladen.

Soweit Sachverständige davon Gebrauch gemacht haben, dem Finanzausschuss vorab ihre schriftliche Stellungnahme zukommen zu lassen, sind diese an alle Mitglieder des Ausschusses verteilt worden. Die Stellungnahmen finden Sie auch im Internetauftritt des Finanzausschusses und werden Bestandteil des Protokolls zur heutigen Sitzung.

Ich begrüße auch die Kolleginnen und Kollegen der mitberatenden Ausschüsse. Für die Bundesregierung darf ich ganz herzlich Herrn PStS Koschyk (BMF) sowie weitere Fachbeamte aus dem Bundesministerium der Finanzen begrüßen. Ich begrüße die Vertreter der Länder und, soweit anwesend, die Vertreter der Bild-, Ton- und Printmedien sowie nicht zuletzt alle Zuhörer und Gäste, die uns heute begleiten.

Im Rahmen der heutigen Anhörung wollen wir uns mit den „Volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Euro-Staatsschuldenkrise und den neuen Instrumenten der Staatsfinanzierung“ beschäftigen und dabei insbesondere unser Augenmerk auf die Rolle des Bankensektors, die Konsequenzen für die Fiskalpolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten, die Auswirkungen auf die Konjunktur der einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Rolle der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten richten.

Für diese Anhörung ist ein Zeitraum von zwei Stunden vorgesehen, also bis 15.00 Uhr. Nach unserem bewährten Verfahren sind höchstens zwei Fragen an einen Sachverständigen bzw. eine Frage an zwei Sachverständige zu stellen. Ziel ist dabei, möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit zur Fragestellung und selbstverständlich Ihnen zur Antwort zu geben. Das heißt, ich bitte um kurze und prägnante Wortbeiträge. Die fragestellenden Kolleginnen und Kollegen darf ich bitten, stets zu Beginn Ihrer Frage die Sachverständige oder den Sachverständigen zu nennen, an den sich die Frage richtet, und bei einem Verband nicht die Abkürzung, sondern den vollen Namen zu nennen, um Verwechslungen zu vermeiden. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Fragesteller, auch die der mitberatenden Ausschüsse, im Vorhinein über die Obfrau oder den Obmann des Finanzausschusses bei mir anzumelden.

Zu der Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Anhörung

mitgeschnitten. Zur Erleichterung derjenigen, die unter Zuhilfenahme des Mitschnitts das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor jeder Abgabe einer Stellungnahme von mir namentlich aufgerufen. Ich darf Sie alle bitten, die Mikrofone zu benutzen und am Ende der Redebeiträge wieder abzuschalten.

Zum Schluss sei mir noch der Hinweis erlaubt, dass diese Anhörung zeitversetzt heute von 17.30 bis 19.30 Uhr im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Soweit zu den Formalien. Wir steigen in die erste Fragerunde ein. Erster Fragesteller für die Fraktion der CDU/CSU ist Herr Abg. Flosbach.

Abg. Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Prof. Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft und an Herrn Dr. Krämer von der Commerzbank: Wo sehen Sie aktuell die größten makroprudentiellen Risiken in der europäischen Staatsschuldenkrise? Und: Welche Instrumente kommen Ihrer Ansicht nach zum Einsatz, um die Risiken insgesamt beherrschbar zu machen?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Herr Prof. Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft hat das Wort.

Sv Prof. Dr. Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft): Vielen Dank. Ich will mich auf ein Instrument konzentrieren, nämlich auf Transparenz. Kontrolle geht nur, wenn man über das notwendige Wissen verfügt und von der Bankbilanz bis zum Staatshaushalt brauchen wir mehr Transparenz. Deswegen verwende ich mich selbst auch nachhaltig dafür, dass man auch die versteckten oder verdeckten Staatsschulden, die impliziten Schulden, wie wir sie nennen, in die entsprechenden Stabilitätsbetrachtungen und Kriterien mit einbezieht. Wo ich ein Risiko sehe, ist im Moment – Ich mach das mal auf der Ebene unseres Landes fest –. Bei einigen Länderhaushalten kann man das parteiübergreifend, zwischen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, beobachten. –, dass wir derzeit eine Tendenz sehen, dass man die aktuellen Bilanzen etwas verschönt, indem man implizite Lasten, z. B. bei den Beamtenpensionen, auf die Zukunft verschiebt und die Rückstellungen, die zum Teil schon begonnen wurden, gebildet zu werden, wieder in den aktuellen Haushalt überführt. Transparenz ist für mich ein wesentliches Instrument. Ich plädiere für Aufnahme des Kriteriums „versteckte Staatsschulden“ in den entsprechenden Bewertungskatalog. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Ich danke Ihnen. Es folgt Herr Dr. Krämer für die Commerzbank.

Sv Dr. Jörg Krämer (Commerzbank): Ihre erste Frage war die nach den größten Risiken, die Sie momentan sehen. Die Staatsschuldenkrise ist in keinsten Weise gelöst. Trotzdem sehen wir jetzt überall in Europa, dass sich eine Spar- und Reformmüdigkeit breit macht, obwohl es eigentlich mit Blick auf die noch sehr stark ungelösten Probleme der Staatsschuldenkrise viel zu früh kommt. Da sehe ich im Grunde genommen das größte Problem, denn, wenn man von dem bisherigen Kurs abgeht, dann würden die Staatsschulden weiter schneller steigen als das Bruttoinlandsprodukt, sodass die Kreditrisiken in den Staaten der Peripherie weiter steigen würden. Was die Instrumente anbelangt – nun –, da könnte man jetzt natürlich aufzählen: ESM etc., etc., oder natürlich auch vor allen Dingen der Schutzschild, der durch die EZB bereitgestellt wird. Wenn Sie sich die Targetsalden der Bundesbank anschauen, die sich auf über 600 Mrd. Euro belaufen: Das sind im Grunde genommen Kredite, die indirekt durch die Bundesbank bereit gestellt werden, gezwungen im Rahmen des Targetsystems, im Wesentlichen zugunsten der Peripherieländer. Die Risiken belaufen sich auf über 600 Mrd. Euro in der Bilanz der Bundesbank. Dagegen ist der Rettungsschirm von 211 Mrd. Euro, den der Bundestag beschlossen hat, nur ein Drittel und eher klein. Wenn ich mal von diesen Instrumenten absehe, die eher Eindämmungsinstrumente sind, und auf die Instrumente zu sprechen komme, die da sind, um die Krise wirklich zu lösen, bin ich nach wie vor der Meinung, dass dort in erste Linie das Instrument des Sparens notwendig ist. Um das Ganze natürlich zu begleiten, redet man sehr viel von Wachstum. Und ich denke, nachhaltig kann Wachstum in so einer Situation nicht dadurch generiert werden, dass ich schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme mache, weil ich dann die Fehler, die zur gegenwärtigen Situation beigetragen haben, wiederhole. Sondern man sollte durch eine konsequente Reformpolitik die Angebotsbedingungen verbessern, wie es beispielsweise Portugal gelungen ist. Nach Daten der Weltbank sind die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit in Portugal mittlerweile so gut wie in Deutschland. Portugal hat einen deutlichen Schritt nach vorne gemacht. Das zahlt sich nicht sofort aus. Das wird mehrere Jahre dauern. Aber wenn Sie mich als Ökonom fragen, denke ich, wäre das in Kombination mit dem Sparen die angesagte Therapie.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Das Wort hat für die Fraktion der SPD Herr Abg. Zöllmer.

Abg. Manfred Zöllmer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir erleben im Moment eine sehr starke Diskussion über die Kosten der gegenwärtigen Krise, die mit dem Euro verbunden sind. Dazu, was wir da alles bezahlen müssen, hört man sehr, sehr unterschiedliche Zahlen. Deswegen ist meine erste Bitte an Herr Prof. Welfens, einfach mal die andere Seite unter der Fragestellung „Was hat uns aus Ihrer Sicht der Euro eigentlich ökonomisch gebracht?“ zu beleuchten, damit man das Ganze – sozusagen als Bonus-Malus-Bilanz – mal in ein Verhältnis setzen kann.

Meine Frage an Herrn Prof. Enderlein würde eigentlich lauten: „Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen, mit der Einführung des Euro verbundenen Ursachen der gegenwärtigen Krise?“. Wenn Sie uns da einmal eine Reihenfolge nennen könnten, wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Prof. Welfens, Sie haben das Wort.

Sv Prof. Dr. Paul J. J. Welfens (Bergische Universität Wuppertal): Ich denke, ein vernünftiger Maßstab, um das einzuschätzen, ist der Blick auf diese erste Dekade. Hierzu gibt es umfangreiche Untersuchungen der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union und auch von verschiedenen Wissenschaftlern. Ich denke, im Großen und Ganzen hat der Euro zusammen mit der Europäischen Zentralbank genau das geliefert, was versprochen worden ist: Nämlich gesamtwirtschaftliche Vorteile, einen gewissen Wachstumsbonus – Wir haben in den ersten zehn Jahren mehr neue Arbeitsplätze in der Eurozone geschaffen als die USA! –. Selbstverständlich muss sich eine Währungsunion auch in kritischen, – wie soll man sagen – Extra-Situationen wie nach Lehman Brothers bewähren. Und hier ist einfach deutlich geworden, dass wir Probleme haben. Ich möchte aber hinzufügen, dass – gerade was Deutschland angeht – speziell die Sichtweise des Ifo-Instituts meiner Ansicht nach sehr einseitig ist. Da wird immer auf diese großen Risiken hingewiesen – und selbstverständlich gibt es Risiken der Rettung, der Rettungsschirme –, aber wir dürfen nicht vergessen, was die Bundesbank im April 2010 im Monatsbericht geschrieben hat: Dort steht, dass der Sichere-Hafen-Effekt etwa zwei Prozentpunkte ausmacht. Der Staat finanziert sich gerade in Deutschland sehr viel günstiger. Wenn Sie das mal – bezogen auf die Laufzeit von 2010 bis 2017 – durchrechnen, dann können wir uns immerhin auf etwa 200 Mrd. Euro solcher Finanzierungsvorteile, paradoxerweise aus der Eurokrise, freuen. Das sind, denke ich, doch Vorteile, die sehr sicher sind, während die Risiken, die hier sind – zum Teil natürlich zu Recht –, aus meiner Sicht mit geringen Wahrscheinlichkeiten zu bewerten sind. Ich denke, aus Sicht eines Wissenschaftlers ist es immer wichtig, dass man der Öffentlichkeit und den Abgeordneten ein möglichst vollständiges Bild bietet, und ich meine, dass man gerade aus der deutschen Sicht fairerweise auf diesen Safe-Haven-Effekt mit abstellen soll.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Herr Prof. Enderlein, bitte.

Sv Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance): Die Frage nach den Ursachen der Krise geht doch sehr weit. Ich werde trotzdem versuchen, es sehr kurz zu machen. Für mich ist die wichtigste Ursache diejenige, dass man in einem gemeinsamen Währungsraum dann Instabilitäten erzeugt, wenn die Länder, die an dem Währungsraum teilnehmen, sehr unterschiedlich sind. Wenn es Heterogenitäten gibt, dann führt eine gemeinsame Währung,

wenn keine Anpassungsmechanismen vorliegen, immer zu Ungleichgewichten und zu Instabilitäten. Genau das haben wir in den ersten zehn Jahren des Euroraumes gesehen. Was ist passiert? Die Europäische Zentralbank setzt einen Zinssatz für die erst elf, heute 17 unterschiedlichen Mitgliedsländer. Dieser Zinssatz überträgt sich dann in unterschiedliche Realzinssätze in den jeweiligen Mitgliedsländern. Die waren in der einen Hälfte des Euroraumes in der ersten Dekade zu niedrig, oft negativ – Spanien, Irland, Portugal – , in einem anderen Teil – vor allem in Deutschland – sogar zu hoch. Das führt dazu, dass die EZB eine Politik gemacht hat, die die richtige Geldpolitik war, für ein Land, das es nicht gibt. Oder: „one size fits none“ – die Geldpolitik der EZB wirkt nicht mehr stabilisierend, sondern eher destabilisierend. Dieser Effekt wird in normalen Währungsräumen, wie der Bundesrepublik Deutschland vor der Einführung des Euro oder in den USA, entweder durch Transfers ausgeglichen oder durch sehr engen Handel. Das ist dann für Ökonomen der reale Wechselkurs-Effekt. Auch dieser hat in Europa nicht gewirkt. Die Transfermechanismen haben wir nicht. Oder drittens durch eine anders geartete Ausgleichsfunktion, die oft in der gemeinsamen Steuerpolitik zu suchen ist. Migration kann auch noch ein Effekt sein. Der ist in den USA auch nicht sehr hoch. Aber den gibt es hier auch nicht. Das führt dazu, dass die Ungleichgewichte im Euroraum, wenn sie einmal durch diese gemeinsame Währung geschaffen werden, nicht mehr ausgeglichen werden können. Mit diesem Problem leben wir heute und wir haben keine Antwort darauf. Meine grundsätzliche ökonomische Antwort ist zu sagen: Ein Euroraum, der diesen Grad der Heterogenität und keine Anpassungs- oder Transfermechanismen hat, kann nicht funktionieren. Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten: Die eine Möglichkeit ist, dafür zu sorgen, dass es Anpassungs- oder Transfermechanismen gibt. Die andere Möglichkeit ist, das Projekt zu begraben. Sie können sich vorstellen, dass ich eine klare Präferenz für die erste Variante habe. Und dann sind wir bei den Lösungsmechanismen: Ich würde stark dafür plädieren, diese Anpassungsmechanismen auf zwei Ebenen herzustellen. Einmal müssen wir den realen Wechselkurskanal dadurch stärken, dass wir den Binnenmarkt vollenden und generell zu einem sehr viel engeren Waren- und Güteraustausch zwischen den einzelnen Ländern kommen. Zweitens wird es nicht gelingen, wenn wir nicht eine Art Transfermechanismus im Euroraum aufbauen. Der kann dann unterschiedliche Formen annehmen, über Garantien, über steuerliche Transfers. Es wird auch der Gedanke einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung oder solche Konstrukte diskutiert. Das führt sehr, sehr weit. Aber ich glaube, wenn wir mittelfristig den Euro zum Gelingen führen wollen, dann müssen wir an diesen Punkten ansetzen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Nächster Fragesteller ist Herr Abg. Dr. Wissing für die Fraktion der FDP.

Abg. Dr. Volker Wissing (FDP): Frau Vorsitzende, ich danke Ihnen. Ich habe eine Frage an

Herrn Prof. Fuest und an die Deutsche Bundesbank. Es gibt – jetzt neu aufgekommen – wieder eine Debatte über Wachstumsstrategien in Europa, nachdem das Thema „volkswirtschaftliches Wachstum“ so ein bisschen aus der Mode zu geraten schien. Viele haben geäußert: „Sowas bräuchte man gar nicht mehr!“. Jetzt gibt es offenbar einen kurzfristig herbeigeführten Konsens in der Frage, dass Europa eine Wachstumsstrategie braucht. Ich würde Sie mal bitten, die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Hilfsprogramme zu bewerten und aus Ihrer Sicht darzustellen: Was sind die richtigen Wachstumsstrategien? Kann es eine Wachstumsstrategie für Europa sein, neue Konjunkturprogramme durch neues Deficit Spending zu finanzieren? Oder: Was sind die Wachstumsstrategien, die Europa ergänzend zu den Hilfsprogrammen braucht?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Prof. Fuest hat das Wort.

Sv Prof. Dr. Clemens Fuest (University of Oxford): Vielen Dank. Auch ein sehr weites Feld. Ich versuche, mich auf einige Punkte zu konzentrieren. Die Programme, die wir derzeit für Griechenland, Portugal und Irland haben, konzentrieren sich sehr stark auf den Abbau der Defizite in den Staatshaushalten, darüber hinaus aber auch auf verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen. Und es ist klar: Diese Programme funktionieren nicht, wenn es kein Wachstum gibt. Was kann man jetzt für mehr Wachstum tun? Da gibt es unterschiedliche Strategien: Die eine Möglichkeit wäre, die Konsolidierung zu strecken, also zunächst einmal die Kreditaufnahme zu erhöhen. Ich denke, wir sollten nicht so tun, als wüssten wir genau, dass es jetzt besser ist, bis 2013 die Defizite abzubauen, als sie bis 2015 abzubauen. Da kann man ganz unterschiedlicher Auffassung sein. Wichtig ist aus meiner Sicht ein glaubhafter Defizitabbaupfad. Das ist das Eine.

Das Andere ist, dass sich die Frage stellt, wie die Finanzmärkte reagieren, wenn einzelne Länder jetzt einen längeren Abbaupfad ankündigen. Für die Länder, die unter den Programmen stehen und Hilfen erhalten, ist es nicht das Thema, aber das wäre ein Thema für die anderen Staaten. Da sind die Spielräume, gerade wenn wir an Spanien und Italien denken, vermutlich nicht sonderlich groß. Aus meiner Sicht ist es vielleicht weniger riskant, sich auf die Frage zu konzentrieren, „Was kann man mit den bestehenden Mitteln und im Rahmen der bestehenden Budgetplanung eigentlich tun, um Wachstum zu steigern?“. Ich denke, da gibt es eine Reihe von Punkten. Einmal kann man versuchen, mehr Investitionen durchzuführen. Das kann helfen, ist aber nicht so ganz einfach. Das ist klar: Solche Investitionsprojekte brauchen Zeit. Wenn es kurzfristige Hilfen geben muss, dann stellt sich die Frage, ob man z. B. die Zeit hat, durch ein Genehmigungsverfahren für einen Autobahnbau oder Ähnliches zu gehen. Und die andere Frage ist, „Wie produktiv sind diese Investitionen?“. Also Spanien ist z. B. ein Land mit einer sehr guten Infrastruktur. Frage: Wo kann man da eigentlich noch neue Investitionsprojekte anleiern? Und: Helfen die wirklich?

Aus meiner Sicht sind vielleicht zwei Dinge prioritär. Einmal: Veränderungen im Arbeitsmarkt. In Spanien gibt es eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent. Das ist bekannt. Die Frage ist, „Woher kommt die?“. Resultiert sie daraus, dass der Staat nicht genug Geld ausgibt oder resultiert sie vielleicht aus Problemen im Arbeitsmarkt? Wahrscheinlich spielt Letzteres eine große Rolle. Also muss man da ran gehen. Zweiter Punkt, der mir noch wichtiger ist oder der mindestens genauso wichtig ist, ist die Sanierung des Finanzsektors. Das hätte auch kurzfristige Wirkungen. Das heißt, es wäre auch wichtig, dass man bei der Sanierung des Finanzsektors weiter kommt. Transparenz – das wurde vorhin schon angesprochen – herstellen und dort, wo es notwendig ist, die Banken entschlossen rekaptalisieren. Das würde aus meiner Sicht vielleicht sogar den größten Wachstumsbeitrag leisten. Danke.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Herr Ulbrich für die Deutsche Bundesbank.

Sv Jens Ulbrich (Deutsche Bundesbank): Vielen Dank für die Frage und die Gelegenheit, dazu aus Sicht der Bundesbank Stellung zu nehmen. Ich denke, die Frage der richtigen Wachstums- und Anpassungsstrategie hängt natürlich unmittelbar davon ab, welche Diagnose und Bestandsaufnahme ich mit Blick auf die Krise stelle. Aus unserer Sicht ist diese Krise, die wir erleben, im Kern eine Vertrauenskrise. Es ist Vertrauen verloren gegangen in die Solvenz von einigen Mitgliedstaaten. Es ist Vertrauen verloren gegangen in das Finanzsystem in einigen Mitgliedstaaten. Und es ist Vertrauen verloren gegangen in die institutionelle Struktur der EWU, dies zumindest teilweise. Symptom dieser Probleme ist, dass zahlreiche Länder des Euroraumes unter erheblichen Zahlungsbilanzproblemen leiden. Die Vertrauenskrise äußert sich in einer scharfen Umkehr der Kapitalströme. Das haben wir insbesondere in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bemerkt. Und: Die privaten Kapitalmittel, die nicht mehr in diese Länder fließen, werden einzig und allein bereit gestellt durch die öffentlichen Hilfszahlungen in den Programmländern, Europäische Union und IWF-Programm. Und sie werden bereit gestellt über die liquiditätspolitischen Maßnahmen des Eurosystems. Vor dem Hintergrund dieser Problemlage muss es unserer Ansicht nach vor allem darum gehen, es zum alles überragenden Ziel der nationalen Politiken in den Ländern zu machen, das verloren gegangene Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Dazu gehört vor allen Dingen das Vertrauen in die fiskalische Nachhaltigkeit. Insofern ist fiskalische Konsolidierung ein unverzichtbares Instrument des Anpassungsprogramms. Und es ist zu flankieren durch entsprechende Maßnahmen, die das langfristige Wachstumspotential dieser Länder heben. Insofern ist die gegenwärtige Debatte um Konsolidierung oder Wachstum irreführend, denn es kann im Kern nur darum gehen, beides intelligenterweise zu vereinbaren. Mit Blick auf die Wachstumsstrategien, die in den Ländern notwendig sind, würde ich sagen: Wir haben ein Beispiel in der Währungsunion für eine gelungene

Anpassung gehabt, und das war die deutsche Volkswirtschaft in den ersten zehn Jahren der Währungsunion. Da haben wir gesehen, dass es möglich ist, die Haushalte zu konsolidieren, gleichzeitig die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und sich anzupassen an niedriges nominales und reales Trendwachstum, ohne dass es zu größeren Unfällen auf den Arbeitsmärkten und zu aus dem Ruder laufenden öffentlichen Finanzen kommt. Insofern denke ich, haben die Krisenländer – aber das ist auch schon immer Teil der Anpassungsprogramme gewesen – natürlich durch Strukturreformen die fiskalische Konsolidierung zu unterfüttern. Es ist also auch irrig anzunehmen, dass sich die Anpassungsprogramme bisher lediglich auf fiskalische Konsolidierung konzentriert haben, sondern sie haben immer schon – je nach Land differenziert – die Wachstumskomponente beinhaltet. Im Kern wird es darum gehen, die Gütermärkte in den Ländern zu flexibilisieren und die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und somit die Basis für kräftiges, langfristiges Wachstum zu legen, denn ohne Wachstum wird sich diese Schuldenkrise nicht lösen lassen. Man darf sich aber keine Illusionen machen: Kurzfristig wird auch diese Strategie der Strukturreformen eher dämpfend wirken.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Herr Abg. Dr. Wissing hat eine kurze Nachfrage, wenn Sie keinen Einspruch haben.

Abg. Dr. Volker Wissing (FDP): Vielen Dank. Ich würde gern Herrn Prof. Fuest nochmal bitten, das zu konkretisieren. Sie sprachen von „notwendigen Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt“. Wenn Sie das bitte auch nochmal konkretisierten würden. Was halten Sie dafür für erforderlich?

Sv Prof. Dr. Clemens Fuest (University of Oxford): In den verschiedenen Ländern gibt es ganz unterschiedliche Probleme am Arbeitsmarkt. Aber grundsätzlich ist es so, dass in vielen Arbeitsmärkten in diesen Ländern z. B. der Kündigungsschutz sehr, sehr stark ist. Die Arbeitsplatzbesitzer sind – sage ich mal – sehr gut geschützt. Entsprechend schwierig haben es Leute, die arbeitslos sind und in den Arbeitsmarkt hinein wollen. Da gibt es etwa die Möglichkeit, zu einer Regelung zu kommen, die den Kündigungsschutz für neue Arbeitsverhältnisse reduziert und für bestehende aufrecht erhält. Es gibt das Thema Mindestlöhne. Es ist sehr schwer, pauschal über all diese Länder zu reden, weil die Probleme in diesen Ländern sehr unterschiedlich sind. Es sind letztlich Probleme der Arbeitsmarktderegulierung, die hier im Mittelpunkt stehen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Nächster Fragesteller ist Herr Abg. Dr. Troost für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. Dr. Axel Troost (DIE LINKE.): Schönen Dank. Meine erste Frage geht an Herrn Prof. Dullien – vielleicht zugegebenermaßen ein bisschen provokant –: Was glauben

Sie, hat die Währungsunion vor größere volkswirtschaftliche Probleme und Schäden gestellt: Eine vermeintlich überbordende Staatsverschuldung in Ländern wie Griechenland, Portugal und Irland oder die drastischen Rezepte, mit denen man versucht hat und versucht, die vermeintlich überbordende Staatsverschuldung kurzfristig zurückzuführen?

Meine zweite Frage geht an Herrn Dr. Payandeh vom Deutschen Gewerkschaftsbund: Sie waren der Erste, der die Idee einer öffentlichen Bank für europäische Anleihen in die Diskussion mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund gebracht haben. Jetzt ist die Situation sicherlich etwas anders. Wenn der ESM kommt, wird von vielen diskutiert, ob er nicht mit einer Banklizenz ausgestattet werden sollte. Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, war gestern in unserer Fraktion und hat da die Position vertreten, dass er davon ausgeht, das wird sehr schnell auch so kommen. Was sagen Sie zu den wahrscheinlich 95 Prozent der anwesenden Mitglieder hier, die sagen, „Das wird dann doch aber in einer gigantischen Inflation enden, wenn man so Staatsfinanzierung macht!“? Können Sie dazu mal Position beziehen?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Das Wort hat Herr Prof. Dullien.

Sv Prof. Dr. Sebastian Dullien (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin): Herzlichen Dank. Die Frage, ob es die überbordende Staatsverschuldung war oder die Rezepte, die jetzt genutzt werden, um die Krise lösen zu wollen: Ich würde sagen, so ist die Frage vielleicht nicht ganz sauber formuliert. Man muss differenzieren, was hier in der Eurozone passiert ist, und zwar einmal zwischen dem Fall Griechenland und den Fällen wie Spanien, Irland, Italien und möglicherweise auch Frankreich oder Österreich, wo es auch gewisse Ansteckungseffekte gibt. Im Falle Griechenlands haben wir tatsächlich Probleme mit der Staatsverschuldung und den öffentlichen Haushalten gehabt. Über Jahre sind zu große Defizite eingefahren worden, in einer Situation, in der das Nominalwachstum vor allem durch Inflation getrieben war. Im Rest der Eurozone – vor allem in den Fällen Irland und Spanien, die uns sehr stark beschäftigen – ist die Ursache eine andere. Da würde ich noch einmal darauf verweisen, was Kollege Enderlein eben gesagt hat: Dort sind makroökonomische Ungleichgewichte, die sich mit der Eurozone entwickelt haben, eine ganz wichtige Ursache für die Krise. Diese Länder hatten bis zum Ausbruch der US-Subprime-Krise Überschüsse. Davon kann der deutsche Finanzminister nur träumen. Die hatten relativ niedrige Schuldenquoten. Die OECD hat übrigens damals noch Spanien für die Arbeitsmarktreformen gelobt, die die Arbeitslosigkeit von 20 auf knapp zehn Prozent runtergebracht haben. In diesen Ländern hat sich aber in der Zeit aufgrund der sehr niedrigen Realzinsen ein Immobilienboom entwickelt. Die Löhne sind stärker gestiegen, als es die Produktivität erlaubt hätte. Das hat nochmal zusätzlich die Nachfrage nach Wohnraum angetrieben. Die Leute haben spekulativ Immobilien gekauft. Das Ganze hat dazu geführt,

dass das Land Wettbewerbsfähigkeit verloren hat und sich Probleme im Bankensektor aufgehäuft haben. Als dann dieser Boom zu einem Ende kam, war die Krise da. Die Banken mussten gerettet werden, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. All diese Kosten haben dann die Staatsschuldenkrise verursacht. Aber originär ist dies keine Staatsschuldenkrise oder bestenfalls nur in einem kleinen Teil der Länder, also in Griechenland. Und Griechenland an sich ist eigentlich nicht das Problem der Eurozone.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Payandeh für den Deutschen Gewerkschaftsbund.

Sv Dr. Mehrdad Payandeh (Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank für die Frage. Das ist richtig, der Deutsche Gewerkschaftsbund hat Ende 2009, Anfang 2010 die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen gefordert, um Staatsfinanzen über die EZB zinsgünstig zu finanzieren. Dadurch würde sich die Zinslast und der Druck auf öffentliche Haushalte senken. Leider ist man zwei Jahre lang einen anderen Weg gegangen. Man hat versucht, das Problem mit dem Rettungsfonds zu beseitigen. Alle Erfahrungen zeigen, dass der ESM, auch nach der Aufstockung, nicht gegen Ausfallrisiken am Markt für Staaten wie Italien und Spanien gerüstet ist, das er nicht gerüstet ist, das nötige Geld für große Volkswirtschaften bereitzustellen. Insofern bleibt die Europäische Zentralbank in unserer Überlegung Dreh- und Angelpunkt jeder vernünftigen Lösung. Nur eine Zentralbank kann als glaubhafter Kreditgeber in letzter Instanz fungieren. Das funktioniert deshalb auch gegenüber dem Bankensystem. Das sieht man daran, dass vor kurzem über eine Billion Euro in den Bankensektor geflossen sind. Das hat schon geholfen, auch wenn nicht dauerhaft. Das löst nicht alle Probleme. Allerdings fordern wir, diese gute Erfahrung auch auf die Staaten anzuwenden, damit die Zinslast – und dementsprechend auch der Druck zur Ausgabenkürzung – gesenkt wird, damit die Staaten fiskalisch Luft zum Atmen bekommen und die Konsolidierung der Haushalte in ruhigen Bahnen vornehmen können und die Ausgabenkürzungen nicht die Realwirtschaft und das Wachstum beeinträchtigen. Zusätzlich zu dieser Forderung haben wir aber, um der Inflationsangst zu begegnen, den Vorschlag gemacht, dass der ESM praktisch auch zu einer kostenlosen Kreditausfallversicherung ausgebaut wird. Der ESM soll ankündigen, dass man allen Anlegern eine kostenlose Kreditausfallversicherung anbietet, wenn sie ebenfalls zu diesem ESM-Zinssatz die Staatsanleihen aufkaufen. Der Rettungsfonds bietet den Anlegern dann praktisch eine Vollkaskoversicherung, eine hundertprozentige Sicherheit, aber gegen die Akzeptanz eines politisch festgesetzten, niedrigen Zinssatzes. Dieser gilt dann praktisch als Zinsobergrenze für alle Staatsanleihen der Eurostaaten und quasi als Preis für die Kreditausfallversicherung. Das, was private Kreditausfallversicherungen eigentlich ankündigen, aber im Ernstfall nicht einlösen. Wir denken, dass dadurch die Zinslast insgesamt gesenkt wird. Es kommt zu keiner Geldmengenexpansion, weil private Anleger in

einem ruhigen Marktumfeld bereit sind, die Anleihen ohne Risiko zu kaufen. Das kommt den Versicherungen und Pensionsfonds zugute. Das würde dann das allgemeine Zinsniveau in der Eurozone senken, die Konjunktur befördern und dementsprechend zur Stabilisierung beitragen. Das schon am Markt befindliche Geld wird umgeleitet. Der Markt bekommt einen ruhigen Rahmen. Funktioniert das, dann zieht sich der Rettungsfonds zurück. Dann haben wir praktisch die Ausgangslage erreicht, die wir vor der Krise hatten. Es kommt zu keiner Inflation. In erster Linie werden da die alten Schulden refinanziert. Insofern wäre Inflationsangst in so einem Umfeld nicht gegeben.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Jetzt hat Herr Abg. Dr. Troost um eine kleine Nachfrage gebeten. Wenn die Kollegen einverstanden sind, ...

Abg. Dr. Axel Troost (DIE LINKE.): Meine Frage an Herr Prof. Dullien sehe ich erst zur ersten Hälfte beantwortet, nämlich die Frage, „Was sind Gefahren, volkswirtschaftliche Schäden der Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden, um diese vermeintliche Staatsverschuldung zurückzuführen?“. Ob Sie dazu noch etwas sagen könnten?

Sv Prof. Dr. Sebastian Dullien (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin): Das Problem ist meiner Einschätzung nach, dass im Moment der Sparkurs doch etwas zu abrupt und zu brutal stattfindet. Wenn man sich anguckt, was historisch in ähnlichen Situationen mit festen Wechselkursen und mit Geldpolitik, die nicht reagieren kann, passierte, ist eigentlich das, was man derzeit Spanien oder Italien verschrieben hat, zu viel. Das bedeutet, dass diese Länder durch die Sparprogramme in die Rezession getrieben werden. Dadurch sinkt das reale, aber in einigen Fällen auch das nominale Bruttoinlandsprodukt. Das erhöht sogar die Schuldenquote anstelle sie zu senken. Von daher halte ich diesen Kurs im Moment für übertrieben und glaube, anders als der Kollege Fuest, dass hier eine Streckung des Konsolidierungspfades helfen könnte.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Danke. Nächste Fragestellerin ist Frau Abg. Paus von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Fragestellung möchte ich jetzt gleich auch noch einmal von Prof. Horn begutachtet wissen. Herr Prof. Horn, können Sie uns vielleicht nochmal sagen, was Ihre Einschätzung zu der kurzfristigen, mittelfristigen oder auch langfristigen Wirkung des Fiskalpaktes ist, wenn er tatsächlich so in Kraft tritt, wie er bisher verhandelt und vorliegt, also relativ kurzfristig die Reduzierung des strukturellen Defizites auf 0,5 Prozent? Können Sie uns auch sagen, inwieweit Sie Einschätzungen darüber haben, wie sich eine Streckung auf die Entwicklung auswirken würde? Hier geht ja eben darum, dass der Fiskalpakt dann für die gesamte Europäische Union minus Großbritannien

gilt. Könnten Sie diese Dimension auch noch mit bei Ihren Ausführungen berücksichtigen?

An Herrn Prof. Dullien hätte ich noch die Frage: Herr Prof. Enderlein hat bereits deutlich gemacht, dass er, anders als der Finanzminister, sagt: Die Ursache der Krise ist nicht die Staatsverschuldung, sondern die ursprüngliche, zentrale Ursache der Krise ist der heterogene Währungsraum. Jetzt sind wir mindestens im zweiten Jahr der Eurokrise. Könnten Sie mir Ihre Einschätzung zu der Entwicklung der Heterogenität des Währungsraumes sagen? Hat sich aufgrund der Programme etwas entsprechend positiv geändert oder hat sich die Heterogenität verschärft? Ich habe in Ihrem Papier etwas zu dem Thema Realzinsen gelesen. Könnten Sie vielleicht auch etwas zu diesem Thema sagen? Es ist zumindest diskutiert worden, inwieweit in der aktuellen Situation womöglich sogar eine differenzierte Geldpolitik der EZB im Sinne von unterschiedlichen Targets für Nord- und Südeuropa eine Variante wäre.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Prof. Horn hat das Wort.

Sv Prof. Dr. Gustav Horn (Hans-Böckler-Stiftung): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Frau Vorsitzende, es gibt ja, wenn wir die mittlere Frist in das Blickfeld nehmen, zwei Konsolidierungsstrategien, die ineinander wirken. Die erste besteht aus den Programmen, die den Krisenländern zur Konsolidierung der Staatsfinanzen auferlegt wurden, und die zweite ist die im Rahmen des Sixpacks vereinbarte Reduzierung der Staatsschuldenquote um jeweils ein Fünftel im Laufe eines Jahres, bis zu 60 Prozent. Wenn wir also über die mittelfristigen Effekte von Konsolidierungsstrategien reden, müssen wir beides mit ins Bild nehmen. Wir haben dies mit unseren Partnerinstituten, WIFO¹ aus Wien und OFCE² aus Paris, getan und Berechnungen durchgeführt, dass die Kombination beider Programme zu einer massiven, wirtschaftlichen Belastung des Euroraumes führen würde. Insbesondere in den Krisenländern würden wir über eine mittlere Frist – Sprich: Vier Jahre! – in einer Dauerrezession sein, in der das Bruttoinlandsprodukt pro Jahr je nach Land um etwa 0,5 bis ein Prozent schrumpft. Der gesamte Euroraum würde in dieser Frist mehr oder minder stagnieren, das heißt im Grunde genommen, eine schwarze Null als Wachstum zeigen und nicht mehr. Eine solche Strategie hat natürlich massive wirtschaftliche und politische Konsequenzen. Vertrauen kann man nicht nur dadurch erzeugen, dass man die Staatsfinanzen konsolidiert. Man muss auch Wachstum haben, denn sonst erreicht man weder die Konsolidierung der Staatsfinanzen noch eine politische Durchsetzbarkeit weiterer Maßnahmen. Das heißt, in diesem Kontext wird eine Strategie einer forcierten Konsolidierung bis hin zu einem Austeritätskurs, wie er in einigen Ländern tatsächlich

¹ Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (<http://www.wifo.ac.at>)

² Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE, French Economic Observatory, <http://www.ofce.sciences-po.fr>)

durchgeführt wird, sowohl ökonomisch als auch in der Folge politisch in eine Sackgasse führen. Daher ist dringend eine Flankierung dieses Kurses notwendig, die sicherlich zum einen darin bestehen kann, dass man sich überlegt, ob die Vollbremsung auf glatter Fahrbahn wirklich das geeignete Instrument ist, um das Auto sicher zum Stillstand zu bringen, oder ob man den Kurs nicht tatsächlich in einer Weise streckt, dass diese Konsolidierungsstrategie ökonomisch zumindest tragfähiger ist, und sie gleichzeitig durch Wachstumsimpulse flankiert, die auch diesen Ländern Wachstum und damit die Generierung von Steuereinnahmen ermöglichen, die dann eben auch zur Rückführung der Staatsschulden führen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Herr Prof. Dullien.

Sv Prof. Dr. Sebastian Dullien (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin): Herzlichen Dank für die Frage. Bei der Frage nach der Heterogenität sind eigentlich immer zwei Dinge besprochen oder auch erwähnt worden. Das ist einmal die Entwicklung der Lohnstückkosten, die im Euroraum auseinander gelaufen ist, und die unterschiedliche Höhe der Realzinsen. Bei den Lohnstückkosten hat aufgrund der Lohnzurückhaltung in Deutschland und des relativ kräftigen Produktivitätswachstums Deutschland über die vergangenen zehn Jahre ganz kräftig Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Gleichzeitig haben die Südländer bei schwachem Produktivitätswachstum und relativ robustem Lohnwachstum Wettbewerbsfähigkeit verloren. Weil dadurch die Inflation im Süden höher war, war dort der Realzins niedriger. Aber in Deutschland war er höher. Das hat eben zu diesen Ungleichgewichten geführt, diesen enormen Leistungsfinanzdefiziten im Süden und dem enormen Überschuss in Deutschland und eben auch zu der Immobilienblase. Die gute Nachricht ist: Es findet jetzt eine gewisse Anpassung statt. Wir haben jetzt fallende Löhne im Süden. Das heißt, das wird da ein bisschen korrigiert. In Deutschland haben wir etwas stärker steigende Löhne. Wir haben jetzt gleichzeitig sehr hohe Realzinsen im Süden, haben sehr niedrige Realzinsen in Deutschland. Die Frage ist allerdings, ob wir diese Art der Anpassung gerne haben möchten, weil diese Anpassung einfach mit sehr, sehr vielen Kollateralschäden einhergeht. Wenn wir von Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent im Süden sprechen und sehen, dass dort die Preise und die Löhne fallen und ein deflationärer Prozess in Gang kommt, der dann wiederum Probleme für das Bankensystem bringt, kann das eigentlich nicht die Art der Anpassung sein, die wir haben möchten. Die etwas stärker steigenden Löhne sind natürlich zu begrüßen und sind auch sehr positiv zu sehen, aber es gibt Elemente der Anpassung, wo man sich fragen muss, ob man das wirklich haben möchte: Zum Beispiel steigen im Moment Immobilienpreise in Deutschland so stark wie seit Jahren nicht mehr und unsere Konjunktur wird zurzeit eigentlich vor allem vom Wohnungsbau gestützt. Das haben wir in den Produktionszahlen von dieser Woche gesehen. Das mag einige Jahre ganz schön sein, aber wir sollten uns erinnern, dass das auf Dauer vielleicht in eine

Immobilienblase führen kann. Darum wäre ein Anpassungsprozess, der eben verhindert, dass in den Südländern diese deflationären Prozesse weitergetrieben werden, hier eigentlich vorzuziehen.

Zu der angehängten Frage, ob man mit einer differenzierten Geldpolitik der EZB helfen könnte: Ich bin da etwas skeptisch, weil ich ehrlich gesagt noch keinen praktikablen Vorschlag gesehen habe, wie so etwas aussehen könnte. Die EZB setzt einen Zins für den ganzen Währungsraum. Wir haben Interbankenmärkte, das heißt, die Banken können sich im Prinzip in Spanien bei der Zentralbank das Geld leihen und es dann in Deutschland an Banken weiter verleihen. Darum ist es relativ schwierig, dort einen niedrigeren Zins durchzusetzen. Was man natürlich als Europäische Zentralbank machen kann, ist, auf den Bond-Märkten zu intervenieren und die Zinsen im Süden runter zu drücken, die Zinsen auf die Staatsanleihen. Das hat dort auch immer direkt Konsequenzen für die Finanzierungskosten des Privatsektors, denn der ist relativ stark mit den Zinsen korreliert, die der Privatsektor dort zahlen muss. Aber das ginge dann in die Richtung von ‚Interventionen durch die Europäische Zentralbank‘ und nicht so sehr in die Richtung ‚differenzierte Geldpolitik‘. Dankeschön.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Für die Fraktion der CDU/CSU hat das Wort Herr Abg. Dr. h.c. Michelbach.

Abg. Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich habe eine Frage an Herrn Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln und an Herrn Dr. Kerber, Hauptgeschäftsführer des BDI. Wir erleben in Griechenland die Aussage, dass die Konsolidierungsprogramme in diesen Peripheriestaaten zu hart seien. Wir haben gleichzeitig die Frage, ob fiskalisches Sparen die Wirtschaft ankurbeln könnte. Halten Sie es für sinnvoll, die Sparpolitik zu lockern, um angeblich negative Auswirkungen auf das Wachstum zu vermeiden? Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen einer langsamer verlaufenen Haushaltskonsolidierung und einer günstigeren gesamtwirtschaftlicheren Lage? Wie bewerten Sie dabei die Entwicklung der Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum? Ist dies eher eine Sprengkraft für den Euro oder ist es nicht besser, wenn es starke Volkswirtschaften gibt?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Matthes hat das Wort.

Sv Jürgen Matthes (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.): Schönen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für die Fragen, die auch ein breites Themenfeld ansprechen. Ich glaube, was die fiskalische Konsolidierungsstrategie anbetrifft, ist es, wie schon vorher gesagt wurde, auf alle Fälle entscheidend, Glaubwürdigkeit zu schaffen, mittelfristig klare

Konsolidierungskurse aufzuzeigen und bei den Staaten, die konsequent sparen und auch Strukturreformen umsetzen, möglicherweise zu überlegen, ob man – beispielsweise mit Blick auf Spanien – das Defizitziel 2013, drei Prozent, etwas nach hinten schieben kann, weil wir in der Tat auch die Gefahr sehen, dass der Finanzmarkt nicht die expansiven Effekte der Konsolidierung ermöglicht. Denn eigentlich ist die Hoffnung, ich konsolidiere jetzt kurzfristig und auch kräftig am Anfang, um neue Glaubwürdigkeit zu schaffen. Der Finanzmarkt schaut aber sehr stark auf die kurzfristigen Wachstumseffekte und senkt die Zinsen dann nicht, wie wir es eigentlich erhoffen. Das bedeutet aber, dass diese Konsolidierungskurse dann möglicherweise tatsächlich in Schwierigkeiten kommen können. Aber, wie gesagt, das Entscheidende an der Stelle ist, dass die Reformprogramme konsequent durchgezogen werden, gerade mit Blick auf die Strukturreformen. Und wenn Staaten – insbesondere in Griechenland sehen wir das ja – sich nicht an die Vorgaben halten, dann wird die Bereitschaft begrenzt sein und sollte auch begrenzt sein, da nachzugeben. Andererseits: Wenn man auf Portugal schaut, wenn man auf Irland schaut, wenn man auf Spanien im Großen und Ganzen schaut, sind da die Reformrichtungen deutlich stärker, sodass ich glaube, dass das, was gegenwärtig auf der EU-Ebene diskutiert wird – eine gewisse Streckung des Konsolidierungspfades, das nominale Ziel von drei Prozent zu erreichen –, diskussionsfähig ist. Aber es darf nicht dazu führen – und das muss streng kontrolliert werden –, dass die strukturellen Ausgabensenkungen, die angestrebt werden, nicht erfolgen. Man sollte aufpassen, dass man bei Spanien und insbesondere bei Italien nicht den Fehler macht wie bei Griechenland, dass man sinkenden Staatseinnahmen zu stark hinterherläuft. Am Ende ist die Frage, die Sie, Herr Ulbrich von der Bundesbank, angesprochen haben, „Wie konsolidiere ich am besten smart?“, eine sehr schwierige Frage, die am Ende ein enormes Maß auch an diskretionärer Entscheidung bedarf. Und es ist notwendig, genau darauf zu schauen, dass die Glaubwürdigkeit der Programme erhalten bleibt, vor allem mit Blick auf die mittelfristige Perspektive. Und sobald da gewackelt wird, kriegen wir in der Tat große Probleme. Wie gesagt, das Hauptproblem liegt an der Stelle darin, dass der Finanzmarkt möglicherweise die kurzfristigen Konsolidierungen nicht ausreichend belohnt, so wie wir es erhoffen.

Was das Rebalancing, also die Leistungsbilanzungleichgewichte, angeht – darauf hat Herr Prof. Dullien gerade schon hingewiesen –: Wir sehen ein gewisses Rebalancing, wie wir es haben, also eine Verminderung der Ungleichgewichte. Wir haben vor kurzem in einer Studie darauf hingewiesen, dass wir in der Tat auch mit Blick auf die Leistungsbilanzungleichgewichte – also die Importüberschüsse, die wir im Süden hatten – deutliche Fortschritte sehen. In Spanien ist es beispielsweise so, dass das Handelsbilanzdefizit bereits eliminiert ist. In Portugal ist es von neun auf etwa drei Prozent gesunken. Das heißt, da sind wir auf dem richtigen Weg. Das ist für uns eine wichtige Botschaft, weil man sie in den Kontext „Wie belastbar und wie zukunftsfähig ist die Eurozone?“ bringen kann. Wir haben ja

gerade auch die von angelsächsischer Seite, Krugman³, oder auch die aus München vom Ifo-Institut angestoßene Diskussion, dass Lohnkürzungen von 30 Prozent notwendig seien. Die seien politisch nicht umsetzbar, deswegen sei die Eurozone am Ende mehr oder weniger zum Scheitern verurteilt. Wir sind nicht so skeptisch. Wir sehen gewisse Anpassungen bei den Löhnen und wir sehen bei relativ geringen Anpassungen bei den Löhnen erhebliche Fortschritte beim Abbau der Leistungsbilanzdefizite. Deswegen glauben wir nicht, dass ein so pessimistischer Blick auf die Eurozone angebracht ist und sehen, dass die Eurozone auf dem Weg gut unterwegs ist.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Herr Dr. Kerber hat das Wort für den BDI.

Sv Dr. Markus Kerber (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.): Vielen Dank. Ich denke, je länger die Krise im Euro anhält, desto deutlicher wird, dass die Grundkonstruktion der Europäischen Währungsunion – und das haben einige der Sachverständigen hier ja schon angesprochen – ihren Hauptspannungspunkt im Moment dadurch erreicht hat, dass die unterschiedlich strukturierten, unterschiedlich wettbewerbsfähigen und dann zugleich auch noch unterschiedlich großen Teilnehmer der Währungsunion vor die Frage gestellt sind, wie sie sich gegenseitig anpassen. Wenn wir die Unterschiedlichkeit oder die Heterogenität der Mitgliedsländer der Eurozone nehmen, ist Griechenland sicherlich das Land, das auf der Unterschiedlichkeitsskala ganz weit außen steht, weswegen ich dafür plädieren würde, Griechenland als Beleg dafür zu nehmen, dass Griechenland einerseits ein ganz solitäres Problem in seiner Wirtschaftsstruktur, in seiner Wirtschaftstradition und auch in seiner politischen Zerrissenheit hat, und gleichzeitig, dass Griechenland auch zeigt, dass jedes der notleidenden Eurozonenländer wahrscheinlich eine individualisierte Strategie braucht. Ich glaube, dass wir im dritten Jahr dieser Krise auch erkennen, es gibt keine one size fits all-Notlösung für die notleidenden Länder, weil – wie verschiedene Kollegen vorher schon erwähnt haben – wir notleidende Eurozonenländer haben, deren Problem überhaupt nicht primär in der Staatsfinanzierung lag, sondern in einer strukturellen Verzerrung ihrer Wirtschaftsstruktur. Bestes Beispiel: Spanien, mit sehr guten öffentlichen Finanzzahlen, aber einer total verzerrten Wirtschaftsstruktur, hin zu einer Bauwirtschaft. Die weitere Lösungsskizze kann deswegen nur darin bestehen, den einzelnen Ländern möglichst viel Hilfestellung zu geben, um genau das zu machen, was die Bundesbank hier angesprochen hat: Nämlich konsolidieren und gleichzeitig für Wachstum sorgen. Ich warne davor, dass wir jetzt durch die Wahl von Hollande⁴ in Frankreich einen gewissen Medienhype haben, so nach dem Motto „Das Wachstum wird wieder entdeckt!“. Ich glaube, das Wachstum war immer da, egal wen sie beim IWF fragen, egal wen sie in der Troika

³ Gemeint ist Prof. Paul Krugman, Princeton University und Wirtschaftsnobelpreisträger 2008.

⁴ François Hollande, zur Zeit der Anhörung noch zukünftiger, seit dem 15. Mai 2012 amtierender Staatspräsident der französischen Republik.

fragen, es ging immer darum, durch Strukturreformen Wirtschaftswachstum zu schaffen, um aus der Schuldsituation herauszuwachsen. Man hat aber, glaube ich, das qualitative Element des Wachstums unterbewertet. Was als Wahrheit weiterhin Bestand hat, ist, dass die notleidenden Länder zum Teil – jetzt insbesondere auch in Spanien, wenn die ihre Banken retten müssen – weiterhin darauf angewiesen sind, ihre Staatsfinanzen im Zaum zu halten, aber gleichzeitig im Bereich der Privatwirtschaft Wachstumskräfte zu entfalten. Und dort sehe ich das größte Problem im Moment darin, dass wir bei den Kapitalströmen eine besorgniserregende Renationalisierung haben. Die Eurozone braucht eigentlich ein Fluidum an Kapital von den Überschussländern an die Defizitländer. Genau das findet nicht statt. Aus den Defizitländern fließt Kapital in die Überschussländer ab. Und das halte ich für den eigentlichen Sprengsatz in der Kohäsion und in der Konvergenz, denn diese Länder brauchen dringend Investitionen, um Wachstum zu schaffen, das gleichzeitig Beschäftigung garantiert. Denn in der Tat, wenn ich mit meinen italienischen Kollegen spreche, sehe ich, dass deren größte Sorge ist, dass sich der in Italien bestehende Nord-Süd-Konflikt noch weiter aufheizt, denn Norditalien hat eine extrem gute Wettbewerbsfähigkeit, leidet aber unter der nicht gegebenen Wettbewerbsfähigkeit des italienischen Südens. Wenn Sie mich jetzt fragen, „Welche Wachstumspraktik kann es denn hier nur geben?“, dann bin ich, als Vertreter des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der festen Überzeugung, dass wir die von der EU skizzierten und von der Kommission auf den Weg gebrachten Projekte im Bereich „CONNECTING EUROPE“⁵ als einen europaweiten Ausbau der Breitbandnetze, der Stromnetze und auch der Verkehrswege beschleunigen müssen, weil wir dort genügend große, kritische Investitionsprojekte haben, die den Unterschied in den betroffenen Volkswirtschaften machen. Danke.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Ich danke Ihnen. Nächster Fragesteller ist Herr Abg. Binding für die Fraktion der SPD.

Abg. Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Vielen Dank. Ich möchte eine Frage an Herrn von Weizsäcker stellen und eine zweite Frage an den Herrn Prof. Enderlein. Wir haben ein sehr anspruchsvolles Thema: Das heißt „Auswirkungen der Euro-Staatschuldenkrise und neue Instrumente der Staatsfinanzierung“. Ich wollte Herrn von Weizsäcker fragen, welche Instrumente der Staatsfinanzierung er uns vorschlagen würde, wenn er sich mal ganz unbefangen was wünschen könnte. Er ist ja selber auch in einem Ministerium, hat also einen ganz guten Blick auf diese Dinge. Was würden Sie den Bundespolitikern empfehlen, in dieser Richtung zu entwickeln?

Und die Frage an Herrn Prof. Enderlein: Er hat ein schönes Bild benutzt. Er hat gesagt: „Der

⁵ <http://con-eu.de/>

Fiskalpakt verbietet künftig das Spiel mit dem Feuer, löscht aber den gegenwärtigen Brand nicht.“ Das ist, glaube ich, eine ganz gute Sache. Aber wir wollen natürlich auch den gegenwärtigen Brand löschen. Wenn dazu der Fiskalpakt ungeeignet ist, schreiben Sie daraus ableitend, dass Sie die Kombination der EFSF und des ESM weiterhin für den richtigen Weg halten. Wenn ich jetzt das, was wir da mit diesen beiden Instrumenten anstreben, mit dem kombiniere, was die EZB schon gemacht, heißt das, wir geben einfach viel Geld in den Markt oder wir stellen viel Geld zur Verfügung. Meine Frage ist: Ist das wirklich der richtige Lösungsansatz? Wir gehen ja sogar so weit, dass wir am Sekundärmarkt was kaufen wollen. Das heißt, wir begeben uns direkt in den Markt, nicht nur über den Staatsanleiheverkauf, sondern am Sekundärmarkt wollen wir uns engagieren. Wäre es nicht viel wichtiger, wir würden den Markt regulieren, um die Ursachen der Krisen, die im Markt liegen, zu bekämpfen, denn für mich ist die Staatsschuldenkrise letztendlich, wenn ich Griechenland ausnehme, nur eine Folge der Krise am Finanzmarkt?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Das Wort hat Herr von Weizsäcker, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Thüringen.

Sv Jakob von Weizsäcker (Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Bevor ich in die Frage einsteige, „Was könnte man sich für alternative Instrumente für die Staatsverschuldung denken?“, möchte ich ein bisschen an das anknüpfen, was die Vorredner schon gesagt haben, und einfach nochmal darauf hinweisen: Die Staatsschuldenkrise ist vielleicht gar nicht der Kern der Krise, über die wir reden. Das heißt also auch, Instrumente, die sich um Staatsfinanzierung kümmern, können allenfalls einen Teilbeitrag zur Lösung der Krise leisten. Die Krise besteht aus drei Krisen zugleich: Die Bankenkrise, die Staatsschuldenkrise und die Leistungsbilanzkrise. Wenn man also Differenzen in der Wettbewerbsfähigkeit in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozent hat, kann das so viele Jahre dauern, dass es politisch nicht durchhaltbar ist und zu einem Kollaps des Europrojekts führen könnte, jedenfalls an der Peripherie. Das ist die eigentliche Bedrohung. Und die Verengung auf Staatsschuldenkrise – das will ich nochmal an einem unverdächtigen Beispiel deutlich machen –, die auch in Deutschland zum Teil betrieben wurde, ist hochproblematisch: Nehmen Sie den Fall der Niederlande! In den Niederlanden – das ist ein Land, das kann sich im Prinzip am Markt Geld leihen, hat vergleichsweise solide Staatsfinanzen – sind wir jetzt als Europäische Union in eine Situation hinein geraten, wo Niederländer auf die Idee kommen könnten, „Ich versteh die Welt nicht mehr!“. Die Niederländer müssen die Defizitkriterien der EU enger einhalten als die Griechen. Das ist ja merkwürdig! Und ich fürchte fast, dass man Gefahr läuft, den Euroskeptikern in den Niederlanden damit auf einmal rationale Argumente in die Hand zu geben. Auch das ist nicht gut. Und die Niederlande sind nicht das Problem in der EU. Da muss man sehr aufpassen, dass es diese Verengung nicht gibt.

Nun zu der Frage „Was könnte man sich für alternative oder zusätzliche Finanzierungsinstrumente denken?“. Wir haben ja gehört: An der einen oder anderen Stelle wird darüber nachgedacht, „Muss man nicht bestimmte Defizitreduktionspfade strecken?“. Und es stellt sich auch die Frage, „Wie schnell kann das ein oder andere Land an den Markt zurückkehren?“. Und: „Müssen nicht bestimmte Länder, gerade mit Blick auf den Bankensektor – Spanien beispielsweise –, dann doch unter einen Rettungsschirm schlüpfen?“ und „Halten das die Rettungsschirme überhaupt aus?“. Da gibt es tatsächlich zwei Alternativen, über die viel diskutiert wird. Die eine Alternative ist der Weg über die EZB. Man kann sagen: „Na gut, in der eigenen Währung hat eine Zentralbank im Wesentlichen beliebig tiefe Taschen und kann also mehr leisten, als die jetzige Architektur von Rettungsfonds mit überlappenden Garantien!“ Das könnte man sich vorstellen. Jetzt gibt es da aus meiner Sicht ein wirklich sehr, sehr schwerwiegendes und ein durchaus ernst zunehmendes Problem. Das sehr, sehr schwerwiegende Problem ist: Das wäre in einem hohen Maße undemokratisch. Die EZB ist absichtlich unabhängig gemacht von der Demokratie. Wenn man jetzt auf die Idee käme, bestimmte Finanzierungen zu machen, und damit auch die Umverteilung zumindest von Risiken, im Falle eines Falles durchaus auch, wenn man so will, von EZB-Gewinnen, also die Seigniorage-Gewinn-Umverteilung zwischen Ländern, ohne das Königsrecht der Parlamente zu gewährleisten – wir sitzen ja hier im Bundestag –, dann wäre das sehr, sehr gefährlich. Viele der Vorschläge, die da gemacht werden, müssen sich fragen lassen: „Ist das nicht ein demokratischer Rückschritt, der da stattfindet?“ Nebenbei gibt es natürlich auch, wenn man diesen Weg geht, wenn man die Staatsfinanzierung sehr stark über die Zentralbank macht, die Frage – natürlich perspektivisch, nicht akut, aber perspektivisch durchaus –, dann gibt es schwierige Spannungen, die dann dazu führen können, dass tatsächlich die Inflation nochmal ein bisschen höher wird, als man sie sich vielleicht wünschen würde. Aber das ist kein Kurzfrist-Szenario. Und ich glaube auch nicht, dass das das Hauptargument ist. Das Hauptargument wäre aus meiner Sicht tatsächlich das Demokratieproblem, das man da hat. Man kann sich das abgestuft vorstellen: Wenn man beispielsweise einen Rettungsschirm über die EZB hebt, sind einige Probleme etwas abgeschwächt, aber das Kernproblem bleibt durchaus bestehen. Darüber sollte man sich durchaus im Klaren sein, insbesondere hier im Bundestag.

Die Alternativen, wenn man über eine Ausweitung nachdenkt, sind ganz klar Alternativen nach dem Prinzip der gesamtschuldnerischen Haftung, also im Sinne von Euro-Bonds. Gesamtschuldnerische Haftung, das muss man sich in etwa so vorstellen, wie bei den Musketieren: Einer für alle und alle für einen! Die Musketiere sind drei, in der Eurozone sind wir etwas mehr und vielleicht vertrauen wir einander auch etwas weniger als die drei Musketiere untereinander. Das hat dann tatsächlich Jacques Delpla und mich zu einem Vorschlag – Ich wurde danach gefragt: „Was würde ich mir wünschen?“ – geführt, wo man

sagt: „Na ja, dieses Prinzip ist man bereit für den Sockel der Staatsverschuldung zu gehen, bis zu 60 Prozent, und darüber hinaus soll das Prinzip der Eigenverantwortung gelten!“. Wir machen Vorschläge, wo man dann diese eigenverantwortlichen Bonds, die „Red Bonds“, aus dem Bankensektor in Zukunft heraushalten sollte, sodass da wirklich das Prinzip der No bail out-Klausel wieder eingeführt werden könnte, durchaus auch im Interesse von Deutschland.

Wenn ich mir noch zwei Minuten nehmen darf, möchte ich noch kurz auf die Kritiker eingehen. Eine Kritik ist, dass man sagt: „Nun gut, diese Schwelle ist möglicherweise nicht glaubwürdig.“ Bestimmte Länder werden sofort sagen: „Wir wollen viel mehr als 60 Prozent haben.“ Wenn man das also macht – das ist die Antwort –, muss man das sehr gründlich konstruieren, damit eben diese Risiken minimiert werden. Dazu haben wir einen Vorschlag gemacht. Das Argument, für Eurobonds bräuchte man Vertragsänderungen, kann man auch umkehren, indem man sagt, in gewisser Hinsicht will man eigentlich sogar Vertragsänderungen, damit diese Schwellen so solide verankert sind. Das braucht allerdings Zeit. Man hat viel Zeit vertan. Der zweite Einwand, aus meiner Sicht ernst zu nehmender, ist der Einwand: „Na ja, das ist alles wunderschön und gut, aber es ist keine Antwort auf die akute Krise.“ Denn was man bei dem Schuldensockel mit den „Blue Bonds“, den Eurobonds bei den niedrigen Zinsen, gewinnt, verliert man wieder bei den Schulden in eigener Verantwortung, den „Red Bonds“. Die werden dann viel teuer. Das ist erst einmal richtig: An einer Stelle gewinnt man was, niedrige Zinsen, und an der Marge verliert man was, hohe Zinsen. Das wollen wir sogar so, in unserem Vorschlag, damit ein besserer Sparanreiz an der Marge entsteht, aber richtig ist, wenn man das jetzt beispielsweise für Italien – die haben in etwa das doppelte des Schuldensockels an Verschuldung – einführen würde, könnte die Nervosität erst einmal noch höher werden als heute. Damit sind wir bei einer möglichen Antwort, nämlich beim Vorschlag des Sachverständigenrates – ich weiß nicht, aber ich vermute, darauf kommen wir gleich noch zu sprechen –, wo man sagt: „In einem Übergang fassen wir diese Schulden jenseits der 60 Prozent in einer Art Schuldentilgungsfonds mit sehr, sehr strengen Regeln, sehr niedrigen Zinsen zusammen und bauen das dann ab.“ Das ist eine Möglichkeit. Das verlangt dann – sagen wir mal, jedenfalls temporär – volles Musketier-Vertrauen – wenn ich auf dieses gedankliche Motiv zurückkommen darf –, wenn man sich das zutraut. Finde ich sehr gut. Finde ich sehr unterstützenswert, einen prima Vorschlag. Wenn man sich das nicht zutraut, dann ist auch ganz klar die Alternative, zu sagen, „Wir müssen für mehr Ländern als für Griechenland – und für Griechenland war der Schuldenschnitt sowieso nicht groß genug – einen hinreichend großen Schuldenschnitt zur Einführung machen, damit dann hinterher das, was an „Red Bonds“ übrig ist, auch finanzierbar bleibt.“. Das so ein bisschen als Antwort auf die Frage „Was würde ich mir wünschen?“.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Prof. Enderlein.

Sv Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance): Vielen Dank, Herr Abg. Binding. Sie haben die Frage aufgeworfen, ob wir mit höheren Rettungsschirmen oder Brandschutzmauern das Problem tatsächlich am Ende lösen können oder wir nicht den Finanzmarkt weiter mit Kapital überfluten. Das ist an der Stelle ein Zielkonflikt. Ich habe in meiner ersten Antwort gesagt, dass die jetzige Konstruktion des Euroraumes ohne Transfers oder andere Anpassungsmechanismen nicht funktionieren wird. Deshalb müssen wir uns fragen, wie die Finanzmärkte, wie diejenigen, die in diesem Euroraum investieren, unsere Antworten bewerten. Es ist eindeutig im Augenblick – Herr Ulbrich von der Bundesbank hat darauf hingewiesen –, dass es um eine Vertrauensfrage geht. Und die Vertrauenskrise entsteht dadurch, dass sich die Marktteilnehmer, die heute Geld in Staatsanleihen investieren wollen, fragen, „Werden denn die Euroländer in zwei Jahren noch diese gemeinsame Währung teilen?“. Diese Frage ist berechtigt, denn es gibt heute kein wirklich bindendes Dokument, das uns alle verpflichtet zu sagen: „Egal, was passiert, Griechenland wird im Euroraum bleiben, Spanien wird im Euroraum bleiben, Italien wird im Euroraum bleiben.“ Alle Euroländer weigern sich im Augenblick – zumindest die Geberländer, die AAA-Länder – einen solchen Scheck auszustellen. Das ist auch berechtigt, denn man will die Konsolidierung in diesen Ländern weiter antreiben und Konditionalitäten aussprechen. Aber jetzt entsteht dieser Zielkonflikt. Der Zielkonflikt ist, dass ich auf der einen Seite immer sagen muss: „Die können ja irgendwann gehen!“ Wir haben genau diese Thematik heute mit Griechenland. Und auf der anderen Seite will ich Vertrauen schaffen und eigentlich so tun als ob ich sage, „Griechenland wollen wir ja doch im Euro halten!“. Ich glaube, dass man diesen Zielkonflikt entweder sehr weitgehend lösen kann. Das sind Euro-Bonds, Gemeinschaftshaftungen. Ich bin inzwischen überzeugt davon, dass das in der heutigen politischen Lage, zumindest in diesem Land, nicht zu leisten ist. Ich bedauere das! Ich glaube, es wäre der ökonomisch saubere und richtige Weg, eine gemeinsame Haftung auszusprechen, denn das wäre das klare Signal. Man kann das auch mit Konditionalitäten verbinden, um die Anpassung in den Ländern durchzuführen. Aber, wie gesagt, wenn das politisch nicht geht, müssen wir uns überlegen: „Was ist die zweitbeste Lösung?“ Und für mich ist die zweitbeste Lösung eine klare Erhöhung des Rettungsschirmes, mit dem Ziel zu sagen: „Wenn wir ihn so weit erhöhen, dass damit ein Vertrauen entsteht, dann werden wir ihn nicht in Anspruch nehmen müssen.“ Und der Denkfehler oder der Trugschluss der vergangenen Monate war ja immer: Wir tun gerade immer so viel, wie unbedingt nötig, in der Regel sogar ein kleines bisschen weniger, und hoffen, dass das Feuer ausgeht. Es bleibt aber immer die Restglut. Wir hatten nie den Mut, die notwendige Wassermenge auf das Feuer zu kippen, damit das Feuer ausgeht. Es glimmt weiter. Dann lodert es wieder auf. Dann sagt man: „Oh, wir müssen doch noch etwas nachschieben!“ Dann schieben wir was nach. Dann geht es wieder runter. Dann sagen alle: „Jetzt hat es sich beruhigt!“ Und prompt flackert es

wieder hoch. Denken Sie drei Monate zurück – Januar, Februar –, alle sagten: „Endlich! Die Krise ist vorbei! Es hat gewirkt! Wir sind die Sieger!“ Heute sitzen wir hier und stehen kurz vor dem Auseinanderbrechen des Euroraumes. Ich glaube, dass eine Erhöhung des Rettungsschirmes in dieser Situation die richtige Antwort auf die Fragestellung ist. Ich habe die Technik, wie ich mir das vorstelle, in meiner Stellungnahme ausformuliert. Ich glaube, dass die Kombination, die Parallelität von EFSF und ESM, richtig ist, weil sie kurzfristig die Garantiesummen über all das hinaus, was wir schon haben, auf ungefähr eine Billion Euro erhöht, aber mittelfristig automatisch dazu führt, dass der langfristige Garantierahmen auf 500 Mrd. Euro zurückgeht. Das hat damit zu tun, dass die EFSF ab dem 1. Juli 2013 keine neuen Programme mehr auflegen darf. Das heißt, dass dann automatisch der Garantierahmen der EFSF mit der Laufzeit der Anleihen, die durch die EFSF begeben worden sind, zurückgeht. Insofern hätte man vielen Bedenken Sorge getragen: Man hätte keinen permanenten Rettungsschirm, der über 500 Mrd. ist. Das ist ja eine politisch gewählte Größe. Man hätte gleichzeitig aber kurzfristig einen sehr viel höheren Rettungsschirm, der dann aber automatisch zurückgeführt werden würde. Ich will als letzten Satz dazu kurz sagen: Wir hatten diese Lösung in greifbarer Nähe. Es wurde dann aber, weil wieder der Eindruck entstand, die Krise sei ja vorbei, eine sehr viel kleinere Lösung gewählt, die jetzt dazu führt, dass wir erst einmal 106 Mrd. in diesem Jahr drauf schlagen, dann Ende des Jahres noch einmal 106 Mrd., im kommenden Frühjahr 2013 kennen wir die Zahlungstermine noch nicht, aber die Lösung führt dazu, dass der Gesamttrettungsschirm durch diese überlappenden Garantien, die gerade schon angesprochen worden sind, niemals mehr als ungefähr 700 Mrd. Euro ausmachen wird. Ich halte das wieder für genau den Sprung etwas zu kurz, der dazu führen wird, dass wir dann in sechs Monaten wieder hier sitzen. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Ich danke Ihnen. Das Wort hat Herr Abg. Brinkhaus für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Fragen richten sich an Frau Prof. Dr. Buch und Herrn Prof. Dr. Eilfort, und zwar geht es um die Ungleichgewichte, die wir innerhalb der Europäischen Union haben und um Maßnahmen, um diese Ungleichgewichte zu beseitigen. Da würde ich gerne um Ihre Einschätzung bitten. Es hängt vielleicht auch mit möglichen Wachstumsmaßnahmen zusammen. Insofern ist das eine Geschichte, die sich sicherlich mit der einen oder anderen Frage verbindet. Vielleicht können Sie dazu kurz Stellung nehmen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Frau Prof. Buch hat das Wort.

Sv Prof. Dr. Claudia Buch (Universität Tübingen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen

Dank, auch für diese Frage. Wir haben schon einiges zu dem Thema „Ungleichgewichte“ gehört und wie sie entstanden sind. In meinen Augen sind zwei Punkte zentral, die auch schon genannt worden sind: Und zwar sind das sicherlich zum einen Unterschiede im Euroraum. Es ist über Heterogenität gesprochen worden. Ich würde allerdings den Fokus etwas anders setzen, als er bisher in der Diskussion angeklungen ist, denn ich glaube nicht, dass Heterogenität in einem Währungsraum grundsätzlich problematisch ist. Sie darf sicherlich nicht zu groß sein. Man müsste sich, wenn Länder zu unterschiedlich sind, überlegen, ob es sinnvoll ist, sie zu einem Währungsraum zusammen zu binden. Wir haben uns das einmal im wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums angesehen und sind, auch im Vergleich mit den Vereinigten Staaten, eigentlich zu dem Ergebnis gekommen, dass die realwirtschaftlichen Unterschiede im Euroraum nicht zu groß sind. Diese Untersuchung ist natürlich mit einer sehr großen Unsicherheit behaftet. Wichtig ist es natürlich, dass man dann, wenn man in einem Währungsraum zusammenlebt und eine gemeinsame Währung teilt, auch die Wirtschaftspolitik so ausrichtet, dass sie damit konsistent ist. Und da sind in der Tat in den vergangenen Jahren oder seit Gründung der Währungsunion einige Dinge auseinander gelaufen. Es ist angeklungen: Relative Preise haben sich auseinander entwickelt. Die unterschiedliche Preisentwicklung hat auch dazu geführt, dass die Realzinsniveaus unterschiedlich gewesen sind. Daraus sind im Ergebnis zum einen Leistungsbilanzsalden entstanden, die übermäßig waren. Wiederum „wie viel übermäßig“ wird niemand mit ganz großer Sicherheit sagen können, aber es hat eine exzessive Verschuldung auch im Euroraum gegeben. Das heißt, bei dem, was wir eigentlich als normalen Anpassungsprozess haben – das ist ja eben auch schon beschrieben worden –, sind wir sozusagen über das Ziel hinausgeschossen. Die Leistungsbilanzdefizite sind größer gewesen, als sie mit einer sinnvollen, langfristigen Entwicklung kompatibel gewesen wären.

Jetzt ist die Frage: „Was sollte man tun?“ Und ihre Frage spielt ja auch ein bisschen auf das Verfahren an, was etabliert worden ist, das Verfahren zur Begrenzung übermäßiger Leistungsbilanz- oder makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum. Zunächst einmal in dem Sinne, in dem dieses Verfahren, was ja auch Teil des Sixpacks ist, dazu führt, dass bessere Informationen – Es ist eben schon mal der Punkt ‚mehr Transparenz‘ angesprochen worden! – zur Verfügung gestellt werden, halte ich es durchaus für sinnvoll, diese Mechanismen ein bisschen deutlicher zu machen. In dem Sinne, „Was kann die Politik konkret tun, um auseinanderlaufende Leistungsbilanzsalden zu beeinflussen? Kann man das wirklich an einer bestimmten Stelle durch eine gezielte politische Maßnahme adressieren?“, wäre ich sehr zurückhaltend. Ich glaube – ich habe das auch in meinen Ausführungen dargelegt –, worum es geht, sind eben genau diese Verzerrungen, die wir noch auf den Märkten haben, die zum Teil abgebaut werden. Es geht darum, da weiter voran zu schreiten. Der Bereich Arbeitsmarkt ist angesprochen worden. Marktzutrittsbedingungen für Unternehmen verbessern, also wirklich den Binnenmarkt vollenden, ist ein ganz wichtiger

Punkt. Und ich glaube, dass wir nicht umhin kommen, sehr viel konkreter darüber nachzudenken, wie wir mit den Strukturproblemen im Finanzsektor umgehen. Das ist in meinen Augen etwas, was in der derzeitigen Diskussion zu kurz kommt. Wir haben eine Vertrauenskrise, eine Verschuldungskrise in Europa gehabt. Wir haben die Altlasten, die damit zusammen hängen, noch nicht abgearbeitet. Ich glaube, wir müssen sehr, sehr konzentriert darüber nachdenken, wie wir da auch zu einem koordinierteren Verfahren kommen können. Im Moment machen wir das sozusagen alles auf Einzelländerebene, was auch durchaus im Sinne der Subsidiarität sinnvoll ist, aber Herr Prof. Fuest hat es eben auch schon angesprochen: Wenn wir im Bereich des Finanzsektors nicht zu einer Lösung kommen, dann laufen wir in meinen Augen Gefahr, dass sich die daraus ergebenden negativen Konsequenzen auch für die Realwirtschaft weiter fortsetzen würden, mit allen negativen Konsequenzen. Wir haben gehört, es entsteht Druck auf die Europäische Zentralbank, die Banken, die das über den Markt nicht können, zu refinanzieren. Ich glaube, darüber wird im politischen Prozess zu wenig nachgedacht. Dankeschön.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Herr Prof. Eilfort, bitte.

Sv Prof. Dr. Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft): Vielen Dank. Ich teile das, was meine Vorrednerin gesagt hat, und will das nicht in anderen Worten wiederholen, sondern versuchen, ein wenig zu ergänzen. Wenn es um Ungleichgewichte geht, dann würde ich in jedem Fall alles ablehnen, was daraus hinausläuft, zu sagen: „Wir verbieten ein Stück weit Leistungsbilanzüberschüsse oder versuchen das in einer gewissen Weise staatlich durch Verbote oder Gebote zu regulieren.“ Ich würde auch Beschäftigungsprogramme oder Konjunkturlösungen in gewisser Weise eher skeptisch sehen und Anpassungsmaßnahmen, die natürlich langfristiger sind, sehr unterstützen. Wenn François Hollande 60 000 Lehrerstellen schaffen will, dann ist das aus meiner Sicht genau im richtigen Bereich, im Bereich Bildung, Infrastruktur, Arbeitsmarktreformen Dinge anzugehen, auch Reformen der Sozialsysteme, aber nicht auf anderem Wege. Ich glaube, ganz generell sollte man auch im Zusammenhang mit den notwendigen anderen Reformen sagen, dass Probleme über Jahrzehnte gewachsen und entstanden sind. Sie müssen jetzt als Politiker auch Kurzfrist-Antworten finden, aber ich glaube, wir sollten uns auch ehrlich machen: Probleme sind über Jahrzehnte gewachsen. Insofern kommt man nicht umhin, jetzt auch die Mühsal der Ebene auf sich zu nehmen und neben kurzfristigen Antworten auch klar zu sagen: „Alles, was wir tun, müssen wir längerfristig durchhalten.“ Deswegen warne ich! Es sind vorhin ein paar mal Worte gefallen wie „Druck zu Ausgabenkürzungen senken“, „Strecken“, „in ruhigen Bahnen konsolidieren“: In „ruhigen Bahnen“ ist nach Erfahrungen der letzten Jahrzehnte noch nie konsolidiert worden. Es wird nur unter Druck konsolidiert. Deswegen müssen wir auch – das ist glaube ich ein Kernpunkt – den Druck zur Konsolidierung aufrecht erhalten. Deswegen warne ich vor allem, was nach kurzfristigen Befreiungsschlägen aussieht: Ob das weitere

„Jumbos“ bei der EZB sind, ob das Euro-Bonds sind, die ich für ein falsches Signal und ein Stück weit auch für eine organisierte Verantwortungslosigkeit halte, oder ob das andere Instrumente sind. Sie müssen Kurzfrist-Antworten geben. Das ist klar! Aber wir müssen auch den Bürgern klar machen, dass es eine Mühsal der Ebene gibt und dass das alles ein bisschen länger dauert. Deswegen nochmal: Ich warne davor, jetzt auf Befreiungsschläge abzielen, die da am Horizont noch so verheißungsvoll erscheinen mögen. Danke.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Ich danke Ihnen. Nächste Fragestellerin ist Frau Abg. Kudla für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Bettina Kudla (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, ein Problem der Krise ist das Thema Kapitalexpert. Kapitalexpert verhindert Investitionen im Inland, hat teilweise zu prozyklischen Effekten in den südeuropäischen Ländern geführt. Einige Staaten haben Refinanzierungsprobleme und die eigenen Bürger sind offenbar wenig bereit, Staatsanleihen des betreffenden Staates zu kaufen. Insofern meine Frage an das Institut der deutschen Wirtschaft und an Herrn Prof. Eilfort: In Spanien und Italien haben wir jetzt eine etwas andere Entwicklung zu verzeichnen. Hier ziehen sich die ausländischen Anleger etwas zurück und die inländischen Banken treten verstärkt als Staatsfinanzierer auf. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Matthes hat das Wort für das IW Köln.

Sv Jürgen Matthes (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Danke auch für die Frage. Wir sehen – das ist das, was Herr Prof. Enderlein gerade schon angesprochen hat –: Anfang des Jahres hatten wir eine gewisse Beruhigung der Jumbos, wie Sie, Herr Prof. Eilfort, gerade sagten. Die LTRO⁶, also die langfristigen Kredite der Europäischen Zentralbank, haben es ermöglicht, dass die Banken wieder in stärkerem Maße in Italien und Spanien Staatsanleihen ihrer eigenen Souveräne gekauft haben. Das hat vorübergehend dazu geführt, dass sich die Lage beruhigt hat, aber das kann langfristig nicht die Lösung sein. Die langfristige Lösung kann – ich kann mich da nur wiederholen – nur darin liegen, dass die Staaten selber durch glaubwürdige Reformprogramme – sowohl was die Konsolidierung betrifft, als auch was die Strukturreform betrifft; also Arbeitsmarkt-reform, Öffnung der Märkte, einfach neue Wettbewerbsfähigkeit gewinnen; alles, was gerade schon angesprochen wurde – wieder Vertrauen an den Märkten schaffen. Denn erst wenn die internationalen Anleger wieder zurückkommen und wieder bereit sind, die Staatsanleihen der Länder zu kaufen, dann sind wir wieder in der richtigen Richtung unterwegs. Das, was wir gegenwärtig mit dem stärkeren Aufkauf der Banken gesehen haben, ist insoweit

⁶ Long-Term Refinancing Operation

durchaus kritisch zu sehen, als dass es dazu führt, dass die Verquickung zwischen Staaten und den nationalen Banken dadurch nur noch stärker wird. Wir haben in der Krise gesehen, dass die italienischen Banken beispielsweise lange Zeit als vergleichsweise gesund galten, aber dass dadurch, dass Mitte des letzten Jahres die Unsicherheit über die Konsolidierungspolitik – damals noch unter Herrn Berlusconi – gestiegen ist, Staatsanleihen verkauft wurden, die Zinsen auf italienische Staatsanleihen gestiegen sind, die Kurse gefallen sind, die Banken, die damals schon sehr stark engagiert waren, Verluste gemacht haben. Das hat im Prinzip zu einer Art Teufelskreis geführt, der darin bestehen kann, dass, wenn die Banken in Schwierigkeiten geraten, die Staaten wieder helfen müssen. Das lässt die Staaten noch fragiler erscheinen. So kann ein Teufelskreis entstehen. Deswegen kann eine solche Entwicklung, wie wir sie gesehen haben, nur kurzfristig Zeit kaufen, dass die Banken kurzfristig diesen Weg gehen. Aber es ist zu hoffen – und da ist in der Tat ein gutes Stück Hoffnung angebracht –, dass die doch vielversprechenden Reformpolitiken auf breiter Ebene, die in Italien unter der Regierung Monti, die in Portugal und auch in Spanien unter den konservativen Regierungen gefahren werden, mittelfristig an den Finanzmärkten wieder belohnt werden. In Portugal sieht man beispielsweise, dass das Zinsniveau in den letzten Monaten entgegen dem Trend zurückgegangen ist. Das liegt immer noch hoch, bei elf Prozent, aber es lag auch schon mal deutlich höher. Irland ist ein anderes Beispiel dafür, das gezeigt hat, dass der Finanzmarkt durchaus konsequente Reformpolitik belohnt. Ich habe vorhin gesagt: „Konsolidieren kann man möglicherweise etwas strecken.“. Um da nicht zu Missverständnissen zu kommen – Herr Eilfort hat das noch mal an der Stelle kritisiert –: Es kommt, wie gesagt, darauf an, Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Wir sind leider in einer Situation, wo wir sehr stark vom Finanzmarkt abhängig sind. Wo der Finanzmarkt offenbar die Glaubwürdigkeit, die eine kurzfristige Konsolidierung schaffen kann, nicht honoriert, weil er fürchtet, dass sie kurzfristig das Wachstum schwächt und damit die Schuldenlast erhöht – Herr Prof. Dullien hat das am Anfang angesprochen –, sind wir in einer Zwickmühle, sodass das, was eigentlich ordnungspolitisch angesagt wäre, kurzfristig entschieden zu sparen, möglicherweise jetzt nicht das richtige Rezept ist. Die Gefahr ist, dass, wenn man die Zügel locker lässt, das Schuldenmachen weiter geht. Das darf eben nicht passieren. Insoweit kommt es in einer sehr schwierigen Situation darauf an, das geschickt zu handhaben: Möglicherweise bei Defizitziele der Länder, die gut konsolidieren, die wirklich entschieden Staatsausgaben zurückführen, die Arbeitsmarktreformen machen, wie etwa Spanien, die Strukturreformen machen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, eine gewisse Nachgiebigkeit zu zeigen. Das darf aber natürlich nicht dazu führen, dass das Ganze zu weiterem Schuldenmachen führt.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank Herr Matthes. Es folgt Herr Prof. Eilfort.

Sv Prof. Dr. Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft): Kurz und knapp: Im Unterschied

zum japanischen Beispiel halte ich das in Spanien und Italien tatsächlich für sehr gefährlich, dass die Schulden zunehmend auch im Inland gedeckt sind oder entsprechend finanziert werden, vor allem dann, wenn das mittelbar über die EZB und entsprechende mögliche Fehlanreize, Jumbo-Kredit und anderes mehr, erfolgt. Insofern wäre es aus meiner Sicht hilfreich, wenn man eine Forderung, die die Stiftung seit längerer Zeit hat, auch umsetzen könnte, dass nämlich unabhängig von den sowieso erhöhten Eigenkapitalanforderungen an Banken eben auch Staatsanleihen, die ja nun erwiesenermaßen eben nicht mehr risikofreie Papiere sind, mit Eigenkapital zu unterlegen wären. Das würde, glaube ich, auch in diesem Falle etwas hilfreich sein.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Für die Fraktion der FDP hat das Wort Herr Abg. Dr. Volk.

Abg. Dr. Daniel Volk (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage richtet sich einerseits an den Herrn Dr. Krämer von der Commerzbank, andererseits an den Herrn Dr. Kerber vom Bundesverband der deutschen Industrie, und zwar in die Richtung, wie Sie momentan die Situation auf dem Interbankenmarkt in Europa beurteilen, insbesondere auch im Blick auf die Wirkung der Maßnahmen, die durch die EZB ergriffen wurden, aber auch im Hinblick auf die Gefahr einer Kreditklemme. Bezüglich der Kreditklemme auch noch eine Frage direkt an Herrn Dr. Kerber, wie sich aus seiner Sicht momentan die Unternehmensfinanzierung oder Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen darstellen und ob dort Gefahren einer Kreditklemme bestehen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Dr. Krämer hat das Wort.

Sv Dr. Jörg Krämer (Commerzbank): Vielen Dank für die Frage. Was den Interbankenmarkt angeht: Der wird ja häufig auch im politischen Berlin sehr intensiv diskutiert. Was heißt „Interbankenmarkt“? Sie wissen, dass Banken Guthaben bei der Bundesbank unterhalten müssen, um ihre Mindestreservepflicht zu erfüllen. Und in der Zeit bis zur Staatsschuldenkrise war es so gewesen, dass einige Banken an einem Stichtag etwas zu viel Geld gehabt haben. Das haben sie dann anderen Banken kurz vor Ende des Stichtages ausgeliehen, um dann eben die Mindestreserve-Verpflichtung zu erfüllen, ohne zur EZB oder zur Bundesbank zu gehen und sich außer der Reihe Geld zu leihen. Dieser Interbankenmarkt hat, anders als es normal üblich ist, immer ohne Sicherheiten funktioniert. Das heißt, da wurden Milliardenbeträge ausgeliehen, ohne Sicherheiten! Diese Art des Interbankenmarktes findet momentan kaum noch statt. Er findet allenfalls im Übernacht-Bereich statt, wo sie das Risiko besser kontrollieren können. Und ich glaube auch nicht, dass wir in vielen Jahren zu einer Praxis zurückkehren werden, wo sich Banken untereinander Milliardenbeträge über einen Zeitraum von einem Tag hinaus leihen. Das liegt auch daran, dass sich

das regulatorische Umfeld geändert hat, dass solche naturgemäß sehr risikoreichen Positionen – Würden Sie Geld verleihen ohne Sicherheiten? –, dass solche sehr risikoreichen Positionen – natürlich vom Gesetzgeber gefordert – viel besser mit Kapital abgedeckt werden müssen. Ich glaube nicht, dass wir zu dem unbesicherten Geldmarkt zurückkehren werden, den Sie bis vor Ausbruch der Staatsschuldenkrise kannten. Das hängt natürlich momentan auch damit zusammen, dass die EZB jegliche beliebige Mengen an Zentralbankgeld rausgibt, vorausgesetzt man hat genug Sicherheiten. Die Anforderungen an diese Sicherheiten sind auch gesenkt worden. So!

Was das Thema „Kreditklemme“ anbelangt – das hat damit nichts zu tun, wir waren jetzt im Interbankenbereich, wo Liquidität kurzfristig ausgeglichen wird –, wenn Sie nach der Kreditklemme fragen, haben Sie was anderes im Sinn. Da haben Sie im Sinn: Leihen Banken genug Geld an die Nichtbanken, also an die Realwirtschaft, wie sie häufig genannt wird? Die Kreditvolumina im Euroraum steigen momentan nur mit einer Rate von ungefähr einem Prozent. Das sind historisch gesehen sehr geringe Zuwachsraten bei den Bankkrediten an die Nichtbanken. Ist das eine Kreditklemme oder nicht? Es gibt zwei Ursachen dafür: Zum einen kann es nachfragebedingt sein, dann ist es keine Kreditklemme, oder es kann eben vor allen Dingen angebotsbedingt sein, durch Probleme im Bankensektor. Wir haben das mal versucht, bei uns im volkswirtschaftlichen Research zu trennen. Sie müssen sehen, dass die Wirtschaft im Euroraum kaum wächst. Dieses Jahr haben wir sogar ein leichtes Schrumpfen. Rein konjunkturell, wegen dieser der sehr schwierigen Situation, ist natürlich die Nachfrage nach Krediten sehr, sehr gering. Wenn ich mir jetzt ein Modell anschau, das die Kreditwachstumsrate nur auf Basis der schlechten Konjunktur prognostiziert, dann kämen sie auf ein nachfragebedingtes Plus bei der Kreditvergabe im Bereich von ungefähr zwei Prozent. Tatsächlich steigt die Kreditvergabe etwas schwächer, um ein Prozent, aber nur eben etwas schwächer. Diese Differenz, die man als angebotsseitig interpretieren könnte, oder salopp als Kreditklemme, diese Differenz zwischen zwei Prozentpunkten Kreditwachstum, was die Konjunktur nahelegt, und einem Prozentpunkt – das, was wir tatsächlich sehen –, diese Differenz ist sehr, sehr gering, haben wir auch in der Vergangenheit gehabt. Das würde ich keinesfalls als Kreditklemme bezeichnen. Auch die Umfragen unter den für die Kreditvergabe Verantwortlichen haben zuletzt ergeben, dass die Kreditvergabebedingungen gelockert worden sind. Wo wir eine Kreditklemme haben, um Klartext zu reden, ist natürlich eine Kreditklemme nicht gegenüber der Wirtschaft, die grundsätzlich als Kreditnehmer geschätzt ist, sondern gegenüber den Staaten aus den verschiedensten Gründen.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Herr Dr. Kerber.

Sv Dr. Markus Kerber (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.): Vielen Dank. Ich will in meiner Antwort auf die Kreditklemme eingehen und zwei Argumentationsstränge

verfolgen: Zum einen die reine Situation in Deutschland. Da beziehe ich mich auf die Gespräche, die wir beim BDI in unserem Ausschuss „Geld, Kredit, Währung“ mit ungefähr 60 Finanzvorständen, Finanzgeschäftsführern unterschiedlich großer deutscher Unternehmen führen. Da kann ich die Aussagen von Herrn Krämer bestätigen: Es gibt im Bereich der deutschen gewerblichen Wirtschaft in den vergangenen zwölf bis 24 Monaten und perspektivisch auf die nächsten sechs Monate keine Indizien für eine Kreditklemme. Es gibt hin und wieder, wenn man mit großen Banken spricht, Berichte, die so gedeutet werden, dass man bei bestehenden Linien nicht unbedingt eine Verdopplung dieser Linien wollte. Das sind aber meistens Kreditlinien, die nicht mal zur Hälfte gezogen sind. Das heißt, das bestehende Finanzierungspotential für die deutsche gewerbliche und produzierende Wirtschaft ist nicht von einer Kreditklemme betroffen. Aber: Nun produzieren deutsche Unternehmen ja nicht nur in Deutschland, sondern sie produzieren mitunter auch in anderen Eurozonen-Staaten. Deswegen verbringen wir im Moment relativ viel Zeit mit unseren Partnerverbänden, wie schon gesagt, in Italien, in Frankreich, in Spanien, in den Niederlanden. Insbesondere in den mediterranen Mitgliedsstaaten des Euros scheint es eine für mittlere und kleine Unternehmen sehr deutliche Kreditklemme zu geben, indem bestehende Engagements zurückgeführt werden müssen und an Neuausleihungen im Moment nicht zu denken ist. Das ist natürlich in der Art und Weise für uns besorgniserregend, weil das vielfach Zulieferer von uns, also von der deutschen Industrie, sind. Diese Unterscheidung in „reine Kreditklemme Deutschland“ und „Kreditklemme in anderen Ländern“ ist für die deutsche Industrie schwer nachvollziehbar, denn wir produzieren in transnationalen Wertschöpfungsketten. So bedingt ein Finanzierungsproblem in einem Eurozonen-Land dann mittelbar wiederum ein realwirtschaftliches Problem hier in Deutschland. Das Ganze ist das Spiegelbild dessen, was wir im Bond Market sehen. Deutschland hat überhaupt keine Probleme, sich zu refinanzieren. Minister Schäuble kann, wenn er will, das Geld auch für null Prozent einnehmen. Dasselbe passiert natürlich bei den privaten Banken in Deutschland. Ich glaube, der Mittelzufluss ist ungebrochen und die Kreditvergabe in Deutschland daher nicht gefährdet. Das Geld fehlt natürlich als Refinanzierungsbasis in den anderen Eurozonen-Staaten, sodass wir auch hier im Bankenbereich eine Heterogenisierung haben. Und was ich in meiner vorherigen Antwort schon sagte: Besorgniserregend sind die Tendenzen zur Renationalisierung in den Bankstrategien. Ich glaube schon, dass sich nichtdeutsche Eurozonen-Banken aus den Ländern des Nordens zurückziehen, auch in der Erwartung, dass sie sich, wenn es weiter schlecht läuft, nur auf ihre nationalen Regierungen stützen können, um eventuell Rekapitalisierungen durchzuführen. Es gibt ja für die Rekapitalisierung europäischer Banken kein europäisches Institut oder keine europäische institutionelle Lösung. Also flüchtet jede große Geschäftsbank zunächst mal mit ihren Kreditausleihungen in den Heimatmarkt, weil sie sich dort gesichert fühlt. Das kann, wenn es anhält, ein strukturelles Problem werden, weil bei einer nationalen Bankstrategie im Großkreditgeschäft dann auch immer so ein

„national bias“ einsetzt. Wenn sich jetzt – was weiß ich – Siemens vs. einem französischen Elektronikonzern in Frankreich um eine Finanzierung bemüht, wollen wir nicht in eine Situation kommen, dass eher französische Entscheidungen wiederum für Kreditentscheidungen wichtig sind, sondern es sollte schon nach Effizienzkriterien gehen. Aber wir waren im Kapital- und im Bankenmarkt schon wesentlich integrierter, als wir es im Moment sind. Und wir sollten zu einem, wie ich es vorher schon sagte, sehr fluiden Kapitalfluss in ganz Europa zurückkehren.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Wir haben jetzt die letzten 30 Minuten unserer Anhörung. Das ist vielleicht die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass wir noch zwei Sachverständige haben, die noch nicht die Gelegenheit hatten, Position zu beziehen. Das ist einmal der Verband deutscher Pfandbriefbanken und die KfW-Bankengruppe. Vielleicht einfach die Bitte, sie noch mit einzubeziehen. Nächster Fragesteller ist Herr Abg. Dr. Sieling für die Fraktion der SPD.

Abg. Dr. Carsten Sieling (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, auch wenn ich jetzt leider Ihrem Wunsch nicht entsprechen kann. Ich möchte zum einen Herrn Dr. Payandeh vom Deutschen Gewerkschaftsbund fragen. Und die zweite Frage möchte ich richten an ... Ich muss gestehen, dass ich jetzt durch die Antwort von Herrn Dr. Kerber auf einen Punkt gestoßen bin und mache das vielleicht so, dass ich die Frage formuliere und wir dann mal schauen können, wer dazu antworten möchte. Das Problem der Finanzierung von Investitionen und von wirtschaftlicher Aktivität insbesondere in den Peripherieländern, die sie adressiert haben, und auch die Problematiken des dortigen Bankensektors führen zu der Frage, ob eigentlich die Instrumente, die auf der europäischen Ebene diskutiert werden, inklusive des ESM, der jetzt im Aufbau ist, darauf begrenzt werden müssen, für die Staatsfinanzierung einzutreten oder ob sie nicht auch eine Funktion in Richtung der Rekapitalisierung von Banken haben müssen, ob man in die Diskussion nicht eintreten muss. Dazu hätte ich gerne eine Einschätzung, vielleicht von Herr Prof. Enderlein oder von Frau Prof. Buch? Frau Prof. Buch würde das gerne beantworten!

Dann möchte ich meine zweite Frage an Herrn Dr. Payandeh vom DGB stellen. Ich möchte auch noch einmal auf die Aussage von Herrn Dr. Kerber Bezug nehmen, aber auf die Aussage in seinem ersten Statement, als er darauf hinwies, dass die Strukturprobleme gerade in den Ländern, die in Schwierigkeiten liegen, auch ihre Ursache darin habe, dass wir dort eine Kapitalflucht, eine Kapitalabwanderung haben. Müsste man in dem Zusammenhang bei den Strukturmaßnahmen, die zur Wachstumsstärkung diskutiert werden, vielleicht auch die fehlerhaften Steuerregeln noch einmal mit ins Paket der Themen setzen? Meine Frage ist aber, was Sie als Deutscher Gewerkschaftsbund empfehlen. Sie haben da unterschiedliche Dinge benannt, um Investitionen, auch privatwirtschaftliche Investitionen, aber auch

öffentliche Infrastruktur so zu stärken, dass wirklich eine Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder auch von der Seite ermöglicht wird. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Frau Prof. Buch hat das Wort.

Sv Prof. Dr. Claudia Buch (Universität Tübingen): Vielen Dank für die Frage, die zwar nicht originär an mich gerichtet war, aber ich möchte sie kurz in zwei, drei Sätzen beantworten, weil wir genau dazu eine Anhörung am Montag hatten. Das Ausführlichere kann man da nachlesen. Die Frage war: „Kann und sollte der ESM auch für Bankenrekapitalisierung genutzt werden?“. Eine Vorbemerkung vorweg: Ich denke, grundsätzlich kann der ESM nur dann funktionieren, wenn man ihn sehr eng definiert. Ich würde ihn nicht als ein Instrument der Staatsfinanzierung sehen. Es ist, glaube ich, ein Liquiditätsmechanismus, der in ganz eng definierten Krisensituationen wirksam sein kann, unter einer sehr strikten Konditionalität. Ich glaube, sonst würde das Ganze nicht funktionieren. Ich glaube grundsätzlich nicht, dass man sehr viel stärkere Transferelemente braucht. Und insbesondere sollte man dafür eben den ESM nicht nutzen. Jetzt ist aber dieses Instrument der Bankenrekapitalisierung da mit drin. Das ist ja eines der fünf Instrumente, die da angesetzt sind. Ich glaube, das kann in der Tat helfen, diese Brücke zu bauen, die ich eben kurz angedeutet hatte. Wir sind in der Situation, in der wir die Altschuldenproblematik noch nicht gelöst haben, aber wir etablieren einen Liquiditätsmechanismus, der permanent – das ist ja ein dauerhafter Rettungsmechanismus –, der dauerhaft gelten soll. Von daher finde ich es positiv, dass das im ESM mit angedacht ist. Die institutionelle Umsetzung innerhalb des Rahmens des ESM, so wie er jetzt definiert ist, macht möglicherweise etwas Schwierigkeiten. Da müsste man genauer drüber nachdenken. Ich sage nur mal einen Grund: Wenn man Bankenrekapitalisierung macht, muss man auch sehr stark – zumindest vorübergehend – in die Kontrollrechte der Banken eingreifen. Man muss wirklich die Banken sanieren. Es reicht nicht, zusätzliches Eigenkapital rein zu geben und dann die Dinge im Prinzip weiter laufen zu lassen. Das ist eine Aufgabe – das hat Herr Regling⁷ auch am Montag nochmal deutlich gemacht –, die der ESM so nicht erfüllen kann. So ist der ESM ja auch gar nicht konstruiert. Man müsste wirklich sehr genau darüber nachdenken, wie man das in Verbindung mit den möglicherweise schon bestehenden europäischen Institutionen, wie der EBA⁸, macht. Man braucht auf jeden Fall auch ein vernünftiges Bankinsolvenzrecht innerhalb Europas, mit dem man dann grenzüberschreitend tätige Banken gegebenenfalls – das müsste natürlich geprüft werden – auch abwickeln oder sanieren könnte. Das sind alles Dinge, die damit in Verbindung stehen. Also: Grundsätzlich das Instrument zu haben ist sinnvoll. Man sollte da weiter drüber nachdenken. Wie man es institutionell verankert, braucht etwas mehr als das, was im Moment im ESM-Rahmen ist. Danke.

⁷ Klaus Regling, Leiter der European Financial Stability Facility (EFSF)

⁸ European Banking Authority

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Ich danke Ihnen. Herr Dr. Payandeh hat das Wort.

Sv Dr. Mehrdad Payandeh (Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank für die Frage, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Unsere Vorschläge beschäftigen sich mit der Problematik, dass die jetzige Krisentherapie vollständig fehlgeschlagen ist. Wir sehen, dass die Ausgabenkürzungen – bei den Renten, die Sozialkürzungen – in der jetzigen Situation praktisch prozyklisch und im Konjunkturverlauf die Krise verschärfend wirken. Das funktioniert nicht! Am Ende verschwindet die ökonomische Basis und auch das beste Steuersystem der Welt würde keine Einnahmen generieren. Das sieht man am Ende: Der Schuldenberg wächst, obwohl gespart wird. Das funktioniert nicht! Und die Annahme, dass man durch Strukturanpassungen Wettbewerbsfähigkeit erzeugt, unterliegt meines Erachtens nach einer Fehlanalyse: Erstens, weil die von der Währungsunion und der Europäischen Union interpretierte Konvergenz der verschiedenen Volkswirtschaften, die sehr heterogen sind, über Marktprozesse geschehen soll. Die sollen über Preisanpassungen geschehen. Wenn wir jetzt gucken, sehen wir aber, dass gerade das eine der wesentlichen Ursachen für die jetzige Problematik ist: Es haben zuerst importierte Preisanpassungen stattgefunden, die auch zu Anpassungen der heimischen Preise geführt haben. Immobilienpreise, Wohn- und Lebensunterhaltungskosten sind angestiegen. Und erst in Folge daraus, als Reaktion auf diese Entwicklung sind die Löhne angestiegen. Der Lohnanstieg ist dann zum Teil natürlich auch zum Wettbewerbsnachteil für heimische Unternehmen geworden. Aber das passierte erst danach! Wir haben in dem bisherigen Integrationsprozess keine Instrumente politisch eingesetzt, um unter Entwicklung Modernisierung zu bewirken. Wir haben alles dem Markt, dem Marktprozess überlassen. Leider haben wir heute mit diesen Fehlentwicklungen zu kämpfen. Das wird deshalb nicht funktionieren! Wenn man praktisch einen Ecklohn setzt, bewirkt das, so wie der Lohn heute ist, eine Lohnsenkung von 30 bis 40 Prozent. Aber das führt nicht automatisch zur Preisanpassungen. Preise können hoch bleiben. Man verursacht Armut und soziale Verwerfungen und dementsprechend fehlende Akzeptanz für jegliche, vielleicht notwendige Reformen. Das funktioniert nicht! Wir schlagen vor, dass man Modernisierung politisch forcieren muss. Und das funktioniert nicht allein durch ein einfaches Konjunkturprogramm, um die Rezession zu bekämpfen, sondern durch ein langfristig und mittelfristig angelegtes Programm. Das nennen wir Zukunftsprogramm. Dieses Zukunftsprogramm soll Elemente eines Konjunkturprogramms, einer Modernisierungsoffensive und auch eines Marshallplans für diese unterentwickelten Länder in der Eurozone haben. Das muss natürlich eine Zeit finanziert werden, in einer Zeit, wo Staatsverschuldung bekämpft, zurückgefahren werden soll und niemand am Vermögensmarkt ist, der sich verschuldet: Die Staaten wollen sich nicht verschulden, Unternehmen können nur beschränkt prozyklisch investieren und auch private Haushalte werden als solvente Schuldner verschwinden, wenn sie immer ärmer werden. In so einer Situation

entsteht ein Ungleichgewicht am Vermögensmarkt. Und wir wollen dieses Geld mobilisieren und kanalisieren und gewinnen für diese Investitionen. Wir plädieren dafür, dass eine Zukunftsanleihe am Markt platziert wird, die praktisch die nationalen Anleihen zum Teil ersetzt, und dieses Geld für die Finanzierung langfristiger Investitionen in den Ländern mobilisiert wird. Egal, wer das jetzt macht. Wir haben den Vorschlag gemacht, dass ein Zukunftsfonds gegründet wird und dieser Fonds anfänglich praktisch mit haftendem Eigenkapital ausgestattet wird, damit der solvente Schuldner am Markt agiert. Dann kommen zwei verschiedene Kalküle zusammen: Wir brauchen das Geld und die Anleger am Markt brauchen die sichere Anlagemöglichkeit. Wir sagen: „Dieses Geld können wir aufnehmen, um damit die Investitionen zu finanzieren.“ Das zieht dann private Investitionen nach sich, sorgt dafür, Modernisierung jenseits der Schuldenbremse, jenseits des Fiskalpaktes zu finanzieren. Das ist das Eine. Der zweite Punkt ist – wir haben ein Rechenbeispiel gemacht –: Wenn wir die Finanztransaktionssteuer einführen würden, dann generieren wir etwa Einnahmen zwischen 40 und 50 Mrd. Euro. Es wird oft diskutiert, dieses Geld direkt für Investitionen auszugeben. Wir sagen: Wir können dieses Geld verzinsen! Mit Zinsen, die auf diese Anleihen entfallen, bewirken wir einen riesen Hebel und können so langfristige Investitionen finanzieren. Anleger bekommen sichere Anlagen. Wir können dieses Geld für Investitionen kanalisieren und dementsprechend eine Anpassung nach oben bewirken und nicht eine Anpassung nach unten. Die Ungleichgewichte können auch abgebaut werden, aber unter Inkaufnahme von Armut. Und das ist dann die politische Integration, die wir heutzutage sehen. Ich glaube, dass ist ein besserer Weg, mit Wohlstand, mit Arbeitsplätzen in Beschäftigung zu investieren und gleichzeitig Akzeptanz für Modernisierung zu erhalten. Das wäre natürlich auch eine gute ökonomische Basis, um Steuereinnahmen zu generieren. Von Nichts kommt Nichts! Erst brauchen wir eine ökonomische Entwicklung, eine Grundlage, die dann dazu führt, dass öffentliche Haushalte ihre Schulden abbauen können. Dann wäre das auch sinnvoll, denn so eine Modernisierungsoffensive kostet den Steuerzahler eigentlich nichts. Sie wird nicht defizitfinanziert, sondern läuft über eine Anleihe, die sich praktisch automatisch über eine Finanztransaktionssteuer finanziert. Danke.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Für die Fraktion der CDU/CSU hat das Wort Herr Abg. Flosbach.

Abg. Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe zunächst eine Frage an die Deutsche Bundesbank: Wie bewerten Sie die Target II-Debatte⁹? Bewerten Sie doch einmal die Risiken, die sich aus den Target II-Forderungen der Bundesbank ergeben und vergleichen Sie das mit den Risiken, die sich aus Krediten aus dem Rettungsschirm

⁹ Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System

ergeben.

Eine zweite Frage richtet sich dann an die KfW: Wenn vom europäischen Wachstumspakt gesprochen wird, wird viel von Strukturreformen, Wettbewerb, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Steuern gesprochen. Für die KfW, welche Kernelemente müsste für Sie ein europäischer Wachstumspakt haben?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Ulbrich, bitte, für die Deutsche Bundesbank.

Sv Jens Ulbrich (Deutsche Bundesbank): Vielen Dank für die Frage. Die Target II-Debatte: Target II-Salden sind für uns, in unserer Analyse Symptom der Krise, der Vertrauenskrise, die ich angesprochen hatte, der Kapitalflucht, die aus einigen Ländern des Euroraums eingesetzt hat. Und sie sind Ausdruck der ...

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Sie sind ganz schlecht zu verstehen! Wenn Sie bitte etwas näher an das Mikrofon herangehen würden.

Sv Jens Ulbrich (Deutsche Bundesbank): Target II-Salden sind für uns zum einen Symptom der Krise – die Kapitalflucht, die ich angesprochen hatte aus den peripheren Ländern, grenzüberschreitende Bewegung –, und sie sind Ausdruck der Reaktionen des Eurosystems, der Liquiditätspolitik, um die Situation in dieser Hinsicht zu stabilisieren. Target II-Salden sind unserer Ansicht nach kein originäres Risiko. Das Risiko, das sich aus Target II ergibt, entsteht nicht aus der geografischen Verteilung von Zentralbankgeld. Target II ist ein System, in dem nur Zentralbankgeld bewegt werden kann. Risiken entstehen immer nur aus der Schaffung von Zentralbankgeld. Das heißt also: Target II-Salden sind Symptom. Wer aber eine fruchtbare Debatte über die Risiken aus Target II führen will, der muss eine Debatte führen über die Risiken aus der Liquiditätspolitik und den liquiditätspolitischen Sondermaßnahmen, und der muss eine Debatte führen über die angemessene Rolle des Eurosystems in der Krisenbekämpfung und Krisenbewältigung. Hier ist unsere Position wie folgt: Ich denke, dass wir in dieser Krise und bei diesen Krisenlösungsvorschlägen, die auch hier heute rund um den Tisch sehr kontrovers diskutiert werden, zwei Dinge beachten müssen: Das erste ist, sie dürfen nicht aus Gründen der kurzfristigen Erleichterung und Erholung das Vertrauen in den rechtlichen und vertraglichen Rahmen aushöhlen. Und sie dürfen nicht aus Gründen reinen Kurzfristdenkens die Konsistenz eines mittel- bis langfristig stabilen Rahmens für die Währungsunion gefährden. Deshalb sind einige Vorschläge, die ich hier heute rund um den Tisch gehört habe, aus unserer Sicht kritisch zu beurteilen. Das betrifft beispielsweise die Frage der „unlimitierten Staatsanleihenkäufe“ und – in Spielarten davon, was monetäre Staatsfinanzierung angeht – die Zentralbanklizenz für die EFSF oder für den ESM. Herr von Weizsäcker hat das sehr richtig gesagt, es gibt zwei Gründe, da sehr kritisch

zu sein: Der ultimative Grund ist, dass das gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstößt und das hohe Risiko in sich birgt, das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit des Eurosystems erodieren zu lassen. Der zweite Grund ist, dass die Zentralbank im Eurosystem in einem Umfeld agiert, das völlig anders als das im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika ist. Das ist etwas, was häufig übersehen wird. Wir haben hier souveräne Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten haben deutlich gemacht, dass sie souverän bleiben wollen. Wir haben eine einheitliche Geldpolitik. Und wenn wir Geldpolitik betreiben, dann verteilen wir Solvenzrisiken unter Umständen zwischen den Steuerzahlern unterschiedlicher Mitgliedsländer um. Das ist anders in den USA. Insofern ist die Anforderung an die Geldpolitik und an das geldpolitische Mandat, denke ich, durchaus zurückhaltender auszulegen. Und es ist nicht einfach eine Politik des „Quantitative easing“, die wir im Eurosystem betreiben, wenn wir Staatsanleihen kaufen. Was wir damit tun würden, wenn wir als Lender of Last Resort agieren, wie vielfach gefordert wird, unlimitiert Staatsanleihen kaufen, wäre: Wir führen letztlich die Haftungsgemeinschaft durch die Hintertür der Notenbankbilanzen ein. Dafür haben wir kein Mandat. Das wäre, wie Herr von Weizsäcker zu Recht angemerkt hat, zutiefst undemokratisch und es wäre meiner Ansicht nach mittelfristig destabilisierend, weil es die Glaubwürdigkeit eines der letzten handlungsfähigen Akteure in Europa erodieren lässt. Nun will ich nicht verhehlen, dass die Geldpolitik in der Art und Weise, wie sie sich in dieser Krise verhalten hat, durchaus in Grenzbereiche gerät, zwischen der angemessenen Rolle als kurzfristiger Liquiditätsgeber, die man für ein Notenbanksystem jederzeit beanspruchen und rechtfertigen kann, und einer quasi fiskalischen Rolle, in der über die Liquiditätspolitik des Eurosystems letztlich fiskalische Aufgaben erfüllt werden. Die Grenzziehung ist hier recht schwierig, aber ich würde sagen, dass es zumindest eine Grenzziehung gibt, die wir aus geldpolitischer Sicht beachten sollten: Das heißt, dass wir die Rolle als Liquiditätsgeber – wie Herr Draghi, der Präsident der EZB, auch mehrfach gesagt hat – nur als temporäre und nicht als unlimitierte Maßnahme begreifen. Das bedeutet, dass wir mit den Mitteln der Liquiditätspolitik beispielsweise nicht permanent und dauerhaft Bankensysteme finanzieren können, die keinen Marktzugang haben. Die Lösung dieser Problematik liegt in den Händen der Finanzpolitik. Wir können auch dauerhaft nicht Bankensysteme mit einem abgesenkten Sicherheitenrahmen finanzieren. Insofern sind das Dinge, bei denen wir, aus Sicht der Bundesbank, darauf drängen, dass hier die angemessene Rolle und die angemessene Grenzziehung zwischen Geld- und Finanzpolitik relativ rasch wieder hergestellt wird. Aber, wie gesagt, um das mit Target II zu verbinden: Das sind alles Dinge, die die Risiken der Schaffung von Zentralbankgeld betreffen und nicht die Frage der anschließenden Verteilung. Insofern: Target II-Salden sind Symptom der Krise, aber sie sind kein originäres Risiko und nicht Ursache dieser Krise.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Es folgt Herr Dr. Irsch, KfW Bankengruppe.

Sv Dr. Norbert Irsch (KfW Bankengruppe): Vielen Dank für die Frage. Ich verstehe unter einem europäischen Wachstumspakt ein Bündel von mehr oder weniger konsistenten, kurzfristig wirksamen Wachstumsimpulsen, das die Funktion hat, die zeitliche Lücke bis zum Wirksamwerden der notwendigen, für die kausale Krisentherapie unverzichtbaren Strukturreformen und dem sofortigen Wirksamwerden im Hinblick rezessiver Wirkungen der ebenfalls notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zu schließen. Um diese Lücke, die besonders dadurch gefährdet ist, dass negative Abwärtsspiralen entstehen können, die zu einem Abbruch der Krisenüberwindungsstrategie führen, sei es aus ökonomischen oder politischen Gründen, leichter zu durchstehen, sind solche kurzfristig wirksamen Wachstumsimpulse notwendig. Da muss man unterscheiden, ob es sich um ein Krisenland, um die EU-Ebene oder um ein mit relativ günstiger Perspektive versehenes Kernland wie Deutschland handelt. Für die Krisenländer – Herr Prof. Fuest hat darauf hingewiesen – ist es möglicherweise unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll, wenn man auf eine gewisse Weise bei den Konsolidierungszielen nachgibt. Für die EU-Ebene ist auch bereits darauf hingewiesen worden, dass hier entsprechende Wachstumsimpulse generiert werden können, indem das Eigenkapital der EIB¹⁰ aufgestockt wird, indem die Strukturfondsmittel stärker und effizienter genutzt werden. Bisher ist aber wenig gesagt worden, was die Kernländer eigentlich dazu machen könnten. Die haben meiner Meinung nach eine ebenso wichtige Funktion bei diesen kurzfristig wirksamen Wachstumsimpulsen. Die Kernländer müssten innerhalb ihrer eigenen nationalen Konsolidierungsvorgaben und innerhalb der europäischen Vorgaben finanzielle Spielräume ausnutzen, um produktive Staatsausgaben zu tätigen. Diese produktiven Staatsausgaben, das könnten Ausgaben für Bildung sein, das könnten Infrastrukturinvestitionen im Verkehrsbereich sein, das könnten aber auch Infrastrukturinvestitionen im Kommunalbereich sein. Unter diesen produktiven Staatsausgaben kann ich mir aber auch zusätzliche Ausgaben oder Anreize vorstellen, um Forschung und Entwicklung und Innovation in Deutschland zu stärken. Und ich kann mir vorstellen, dass man das einsetzt, um die Durchführung der Energiewende-Investitionen zu beschleunigen. Und: Wenn Sie berücksichtigen, dass wir in Deutschland allein aufgrund der demografischen Entwicklung ohnehin erhebliche Probleme bekommen, z. B. dadurch, dass unser Wachstumspotential in den nächsten zehn Jahren deutlich sinken wird, und wenn Sie berücksichtigen, dass ein geeigneter Hebel, um dem gegenzusteuern, Produktivitätssteigerung ist und dass man dafür mehr Bildung und mehr Innovation braucht, dann haben wir eigentlich ein eigenes Interesse – unabhängig von der europäischen Krise –, solche Wachstumsimpulse möglich zu machen. Im Hinblick darauf, dass sie sowieso notwendig sind, gebe ich auch zu bedenken, zumindest darüber nachzudenken, ob diese Finanzierungsspielräume nicht entweder durch eine modifizierte Finanztransaktionssteuer oder, was auch

¹⁰ Europäische Investitionsbank

vorgeschlagen wurde, ein Wiederaufleben und eine Reform der Vermögenssteuer eventuell vergrößert werden können.

Für die Krisenländer möchte ich abschließend nochmal darauf hinweisen, dass alles, was wir hier an Indizien sehen, darauf hinweist, dass dort durchaus eine schwere Kreditklemme vorliegt. Deshalb müssten die Maßnahmen, die im Bankensektor angreifen, um ihn zu stabilisieren und seine volle Funktionsfähigkeit wiederherzustellen, eigentlich energischer durchgeführt werden. Dazu gehören nicht zuletzt – natürlich gehören die Eigenkapitalaufstockungen dazu – auch die Bemühungen, die Insolvenz einer großen Bank de facto möglich zu machen. Es ist heute so, dass es für große Banken diese implizierte Staatsgarantie gibt. Die Insolvenz einer solchen Bank ist de facto nicht möglich. Für solche Bankeninsolvenzen ist es vielleicht sinnvoll – diese Idee, die von der EU-Kommission propagiert wird – ein Netzwerk nationaler Bankenabwicklungsfonds, die vom Bankensektor selbst refinanziert werden, zu etablieren und gleichzeitig ein einheitliches Regularium zu entwerfen, unter denen diese Fonds arbeiten könnten.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Letzter Fragesteller für heute ist Herr Abg. Pitterle für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. Richard Pitterle (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe zwei Fragen; zunächst einmal an Herrn Prof. Enderlein: Sie haben am Anfang der Anhörung davon gesprochen, dass wir Ungleichgewichte zwischen den Euroländern haben und dass das eine der Ursachen für die Krise ist, in der wir sind. Deswegen meine Frage an Sie – ich weiß, das erfordert vielleicht Musketier-Mut, das zu beantworten –: Was halten Sie von bindenden Sanktionen für Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen wie Deutschland? Und: Wie müssten solche Sanktionen gegebenenfalls aussehen?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Payandeh vom DGB: Sie haben vorher die Finanztransaktionsteuer angesprochen, um die Einnahmesituation zu verbessern. Wir haben gerade von Herrn Dr. Irsch gehört, dass durchaus auch Überlegungen für eine Vermögenssteuer da sind. Wir haben die Situation in Europa, dass sich das Vermögen der Euro-Millionäre innerhalb eines Jahres um sagenhafte 243 Mrd. Euro gesteigert hat. Was würden Sie denn davon halten, eine europaweite Millionärsabgabe einzuführen, um auf der Einnahmeseite mehr Einnahmen für den Staat zu schaffen?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herr Prof. Enderlein, bitte.

Sv Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance): Meine Antwort lautet: „Nichts!“ Vielleicht sollte ich nochmal die Frage in Erinnerung rufen. Sie haben gefragt:

Was halte ich davon, Sanktionen für Länder auszusprechen, die stark über den Exportsektor Überschüsse anhäufen? Die Antwort ist: „Nichts!“

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Das war eine erfrischend kurze Antwort. Herr Dr. Payandeh, bitte.

Sv Dr. Mehrdad Payandeh (Deutscher Gewerkschaftsbund): Die Frage ist sehr konkret, ob eine Millionärsabgabe zu befürworten ist oder nicht. Sie hat in erster Linie eine Symbolfunktion, um diejenigen, die viele Millionen an Vermögen haben, heranzuziehen. Fiskalisch hat das geringe Effekte. Das ist anders als bei einer Vermögensteuer. Die Millionärsabgabe soll Einkommen über eine Million Euro beeinflussen. Das heißt, es geht nicht um Substanzbesteuerung, sondern um laufende Einnahmen. Wir haben hierzu bei uns keine Beschlusslage. Ich vertrete den Verband. Ver.di hat diese Forderung. Die anderen haben das nicht. Der Dachverband hat das nicht. Insofern sind wir gespalten. Von der Wirkungsweise glaube ich nicht, dass man dadurch – abgesehen von der Symbolwirkung – massive Einnahmen generieren würde. Ich glaube, der Effekt ist nicht so hoch, wie man sich das erhofft. Es ist aber ein Signal, es hat eine Art Gerechtigkeitswirkung. Sie könnte herangezogen werden, um ein bisschen Gerechtigkeit bei denjenigen herzustellen, die eigentlich viel mehr von diesem System profitieren, aber kaum etwas einzahlen. Ich glaube, das würde das machen. Aber da gibt es eine ganze Palette von Maßnahmen: Anhebung der Spitzensteuersätze, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, die kann da auch in diese Reihe mit rein kommen. Die haben eine bessere fiskalische Wirkung als dieser Symboleffekt.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Zwei kurze, knackige Fragen und genauso kurze Antworten würde ich noch zulassen. Frau Abg. Paus, bitte.

Abg. Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben jetzt alle Themen, die in diesem Kontext eine Rolle spielen, angetippt, haben unterschiedliche Stellungnahmen gehört. Ich bin aber doch einigermaßen erstaunt, wie ruhig die Anhörung in der gesamten Stimmungslage bisher verlaufen ist. Das deckt sich nicht ganz damit, was wir aktuell an Einschätzungen haben: Griechenland oder auch Debatten, die ich z. B. letzte Woche hatte, wo jemand vom BMF und jemand vom IWF anwesend war. Da war schon nochmal die grundsätzliche Frage, wie wir dieses Jahr überstehen. Deswegen möchte ich meine letzte Frage nochmal an Frau Prof. Buch und Herrn Prof. Horn richten: Wenn der Deutsche Bundestag nur beschließen würde, was bis jetzt auf dem Tisch liegt – den Fiskalpaket und den ESM –, würden Sie uns jetzt hier und heute sagen, „Das reicht!“, oder würden Sie in Teilen, oder wie auch immer, doch der These zustimmen, die z. B. Prof. Bofinger am Montag vertreten hat? Der hat gesagt: „Es ist einiges gemacht worden! Aber wir sehen keine entsprechenden Reaktionen auf den Märkten, weil die Maßnahmen den

Charakter der Krise bisher nicht wirklich adressieren. Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun. Sie braucht eine Systemantwort!“ In dem Kontext würde ich insbesondere Frau Prof. Buch nochmal bitten, die Frage zu beantworten, inwieweit der Vorschlag des Sachverständigenrates, den Altschuldentilgungsfonds aufzulegen, eine Antwort wäre, die man jetzt auch schon beginnen könnte, die jetzt schon eine relevante Maßnahme wäre. Herrn Prof. Horn würde ich bitten, uns eine Einschätzung über ein potentielles Investitionsprogramm zu geben. Über welche Dimensionen müsste man da überhaupt diskutieren?

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Frau Prof. Buch, bitte.

Sv Prof. Dr. Claudia Buch (Universität Tübingen): Ist das jetzt die Antwort, die ich noch in einer halben Minute geben darf?

– Heiterkeit –

Sv Prof. Dr. Claudia Buch (Universität Tübingen): Ich kann vielleicht nochmal – weil das der konkreteste Punkt ist – kurz sagen, was die Logik des Altschuldentilgungsfonds ist. Hier geht es darum, zu sagen – nochmal der Punkt, den ich eben auch gebracht habe –: „Wir sind in einer Situation, in der wir nicht genau wissen, in welche Richtung sich die Krise weiterentwickelt.“ Das stimmt natürlich! Ich glaube, dass sehr viele, sehr richtige Schritte gemacht worden sind. Dazu zähle ich den Fiskalpakt. In dem Sinne, wie ich es eben gesagt habe, zähle ich dazu auch den ESM und eine Vielzahl von anderen Reformschritten, die eingeleitet sind, auch was den Bankensektor betrifft. Der Schuldentilgungspakt hat damit zu tun – das ist auch ein Vorschlag –, wie man eine Brücke bauen kann von der jetzigen Situation, in der die Märkte, wie ich es eben schon gesagt habe, noch belastet sind mit Altschulden. Unter zwei ganz eng definierten Kriterien: Nämlich einmal, dass man einen bestimmten Bestand an Altschulden übernimmt und in der Tat in gemeinschaftlicher Haftung an einen Fonds überträgt. Aber – und das muss ganz klar sein – das kann nur im Konnex mit einer Abtretung von staatlicher Souveränität funktionieren, dass diese Altschulden abgetragen werden. Da geht es wirklich nur darum, eine Brücke in einem Regime zu bauen, in dem der ESM in dieser eng definierten Funktion funktionieren kann. Die Begründung, die der Sachverständigenrat dafür geliefert hat, ist eben, dass das ein Weg ist, die Geldpolitik zu entlasten. Das ist eben auch schon gesagt worden: Die Geldpolitik ist im Moment in der Situation, in der sie diese Lasten, diese Risiken mit übernimmt, aber mit allen Risiken und Nebenwirkungen – ich will das nicht nochmal wiederholen, Herr Ulbrich und Herr von Weizsäcker haben das ja sehr gut ausgeführt –, die damit verbunden sind. Das ist die Grundidee des Altschuldentilgungspaktes. Ansonsten möchte ich mich jetzt weiteren Prognosen für den Verlauf des Jahres entziehen, weil dafür einfach nicht genug Zeit ist. Danke.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Vielen Dank. Herr Prof. Horn hat das Schlusswort.

Sv Prof. Dr. Gustav Horn (Hans-Böckler-Stiftung): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zur Grundfrage: Wenn der Bundestag nur das beschließt, was jetzt auf dem Tisch liegt, und die Entwicklung so weiter geht, wie sie jetzt vorgedacht ist, habe ich Zweifel, ob der Währungsraum in seiner bisherigen Form das Jahr 2012 überlebt. Es reicht aber auch nicht aus, sich auf einzelne Politikbereiche zu fokussieren: Sei es Geldpolitik, Fiskalpolitik oder Währungspolitik. Wir brauchen konzertierte Maßnahmen in allen drei Bereichen. Wir brauchen die gemeinschaftliche Haftung für die gemeinsame Währung. Das heißt, die EZB muss im Spiel sein, weil sie die Hüterin der Währung insgesamt ist. Dies ist eine gemeinschaftliche Haftung für die Währung, das heißt, sie darf in Notsituationen auf dem Sekundärmarkt eingreifen. Zweitens: Wir brauchen auch eine fiskalpolitische Antwort. Da sind verschiedene Dinge skizziert worden: Kurzfristig der Vorschlag des Sachverständigenrates, längerfristig vielleicht Blue Bonds und Red Bonds, wie Herr von Weizsäcker sagte. Drittens: Wir brauchen, wenn wir die Souveränität der Nationalstaaten bewahren wollen, wenn dies die politische Vorgabe ist und wir keine automatischen Transfermechanismen mit Abtretung von Souveränität haben wollen, in der Tat eine Instanz, die auch die Leistungsbilanzungleichgewichte in symmetrischer Weise überwacht und sanktioniert.

Vorsitzende Dr. Birgit Reinemund: Herzlichen Dank. Wir sind am Ende unserer Anhörung angelangt. Ich danke Ihnen, dass Sie hier Ihren Sachverstand eingebracht haben, wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und schließe hiermit die Sitzung.

Ende der Sitzung: 15.04 Uhr

Dr. Birgit Reinemund, MdB

Vorsitzende